

Querbrief



Zivilgesellschaft

Notwendig – Zivilgesellschaft und Demokratie

Entwicklungsfähig – Dialog zwischen Süden und Norden

Gesprächsbereit – Nichtregierungsorganisationen in Guinea

1/2008

Inhalt

Editorial 3

Reinhard Hermle
**„Die Bedeutung kann nicht hoch
genug eingeschätzt werden.“**
Zivilgesellschaft – Begriff und
Wirklichkeit 4

Adane Ghebremeskel
Globale Netzwerke
Möglichkeiten und
Herausforderungen 8

Jörg John
Mariam Sow
**Den Benachteiligten eine
Stimme geben**
Aufgaben und Aktivitäten der
Zivilgesellschaft 11

Ulli Westermann
**Druck von oben – Demokratie
von unten**
Zivile Gesellschaft im ländlichen
Zimbabwe 14

Lamine Mamadou Bah
**Das staatsbürgerliche
Bewusstsein wächst**
Zivilgesellschaft in Guinea 16

Andreas Rosen
Von Brandenburg bis Thüringen
Entwicklungspolitische Zivilgesellschaft
in den neuen Bundesländern 18

Sabine Maruschke
**Dynamisch, bunt und
entwicklungsbereit**
Entwicklungspolitische Initiativen
in Leipzig 21

WFD intern 22



Die Aktionen zahlreicher Organisationen in Südafrika haben zur besseren Versorgung HIV-positiver Menschen geführt. Bekannteste Organisation ist die *Treatment Action Campaign*, die aus rund 16 MitarbeiterInnen und mehreren Hundert Ehrenamtlichen besteht. Durch eine Klage gegen die südafrikanische Regierung erreichte die Organisation, dass künftig allen schwangeren HIV-positiven Frauen eine Behandlung mit Nevirapine ermöglicht werden muss. Das Medikament verringert die Gefahr einer Ansteckung des Säuglings bei der Geburt um die Hälfte. Oberstes Ziel der *Treatment Action Campaign* ist eine bezahlbare Behandlung für alle HIV/Aids-Kranken.



Herausgeber: WELTFRIEDENSDIENST e.V.
Hedemannstraße 14, D-10969 Berlin, Telefon: (030) 25 39 90-0, Fax (030) 251 18 87,
www.wfd.de, info@wfd.de
Der Verkaufspreis der Zeitschrift beträgt 2,60 Euro. Mitglieder erhalten sie kostenlos.
Redaktion: Bela Allenberg, Armin Erkens, Karen Johne, Uta Kirchner, Elke Kuhne (presserechtlich
verantwortlich), Susanne Mittendorf, Peter Oehmen, Siegfried Schröder, Brigitte Walitzek.
Satz- und Bildbearbeitung: Setzerei Peter von Maikowski und Harald Weller.
Druck: Oktoberdruck, auf FSC-Papier.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ ist uns allen geläufig. Kaum eine entwicklungspolitische Debatte, in der nicht mehrfach auf die Bedeutung von Zivilgesellschaft hingewiesen wird. Aber was ist eigentlich „Zivilgesellschaft“? Es ist zweifellos ein schillernder Begriff, hinter dem sich eine Vielzahl von Organisationen und Verbänden, politischen Richtungen und Gruppierungen, von Initiativen und Vereinen verbergen – im Norden wie im Süden. Hier wie dort vereinen sich unter dem zivilgesellschaftlichen Dach internationale Netzwerke und lokale Basisgruppen, kirchliche Hilfswerke ebenso wie kleine Selbsthilfeinitiativen. Für die einen sind diese unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure die Hoffnungsträger, Garanten für Transparenz und transnationale Demokratisierungsprozesse, der Schlüssel für Nachhaltigkeit, wichtigste Kraft, um die Folgen der Globalisierung zu mildern. Zivilgesellschaft, so wird betont, schaffe globale Öffentlichkeit, bringe verdrängte Themen auf die politische Tagesordnung und erweitere das politische Handlungsspektrum um Formen des zivilen Ungehorsams, des Boykotts und der grenzüberschreitenden Kampagnen. Andere warnen vor allzu viel Euphorie und Überschätzung und verweisen auf die oftmals kargen politischen Ergebnisse – zum Beispiel wenn es um so große Themen wie den Klimawandel geht. Wieder andere kritisieren, dass zivilgesellschaftliche Organisa-

tionen nicht durch Wahlen legitimiert seien und unter dem Deckmantel allgemeiner Interessen oft partikulare Anliegen vertreten.

Die Autoren des vorliegenden Querbriefs nähern sich dem Thema „Zivilgesellschaft“ fast alle auf die gleiche Weise: mit dem Versuch einer Definition. Danach betrachten sie „Zivilgesellschaft“ aus unterschiedlicher Perspektive – zum Beispiel als ehemaliger Vorsitzender eines zivilgesellschaftlichen Dachverbandes, als Kooperant in einem undemokratischen Land, als Friedensfachkraft mit jahrelangen Erfahrungen in verschiedenen Nicht-Regierungsorganisationen im Süden wie im Norden oder auch als Mitarbeiter einer bundesdeutschen Stiftung. Auf diese Weise entsteht ein facettenreiches Bild, so vielseitig wie „Zivilgesellschaft“ eben ist. Obwohl sich alle einig darin sind, dass zivilgesellschaftlichen Akteuren eine wichtige Bedeutung zukommt, werden doch auch kritische Punkte genannt. Wie unabhängig sind Nicht-Regierungsorganisationen tatsächlich? Wie groß ist die Gefahr, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure von den jeweiligen Regierungen instrumentalisieren lassen? Wächst die Zahl der zivilgesellschaftlichen Akteure im Süden, die vor allem ihre eigenen Machtinteressen verfolgen? Gibt es tatsächlich einen gleichberechtigten Dialog zwischen Organisationen im Süden und im Norden? Ist die entwicklungspolitische Zivilgesell-

schaft hierzulande vor allem eine „freundliche Zivilgesellschaft“, ohne jeden Anspruch, Gegengewicht zur institutionalisierten Macht zu sein?

Der Weltfriedensdienst ist Teil dieser schillernden Zivilgesellschaft und damit auch zahlreichen Widersprüchen ausgesetzt. Durch seine über 300 Mitglieder, die seine Tätigkeit mit Interesse, Engagement und solidarischer Kritik begleiten, durch eine enge Vernetzung in der bundesdeutschen entwicklungspolitischen Szene und nicht zuletzt durch die intensive Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im Süden wird seine Arbeit gestützt und wo nötig auch korrigiert. Der scheinbare Gegensatz, einerseits Nicht-Regierungsorganisation zu sein und andererseits eng mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten, bleibt jedoch bestehen. Bisher ist es dem Weltfriedensdienst gelungen, auch unbequeme Positionen gegenüber dem Geldgeber offensiv zu vertreten. Entwicklungspolitik lebt von den vorantreibenden Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure, dies wird auch in den Ministerien nicht bestritten. Der Weltfriedensdienst sieht die Aktivitäten von Staat und NRO als komplementär im Sinne einer Doppelstrategie, nicht aber als Widerspruch. Dass es dabei zu Auseinandersetzungen über richtige Zielsetzungen und Strategien kommen kann, ist selbstverständlich. Nur dann, wenn Reibungsflächen fehlen, müssen wir stutzig werden.

Thore Elbe Kulme

Bildnachweis: Titel, S. 2 Treatment Action Campaign, www.tac.org.za; S. 4, 5 VENRO; S. 6 Matthias Fischer; S. 7, 8 VENRO; S. 9 WFD Archiv; S. 10 Treatment Action Campaign; S. 11 ENDA-ProNat; S. 12, 13 Jörg John; S. 15, 16: Ulli Westermann; S. 18 Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern; S. 19, 20: Peter Steudtner, INKOTA-netzwerk e.V.; S. 21 Eine Welt e.V. Leipzig, Ser Humanos e.V.; S. 22 Katrin Steinitz; S. 23 WFD Archiv

„Die Bedeutung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“

Zivilgesellschaft – Begriff und Wirklichkeit

Reinhard Hermle

Sowohl in der Politik als auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion findet der Begriff „Zivilgesellschaft“ vielfach Verwendung. Die Häufigkeit seines Gebrauchs steht in einem merkwürdigen Missverhältnis zu seiner Unschärfe. Eine allgemein gültige Definition gibt es nicht, vielmehr spiegeln sich in diesem Begriff unterschiedliche Verständnisse und demokratietheoretische Traditionen, bürgerlich-liberale ebenso wie linke.

Eine erste Orientierung bietet die Unterscheidung zwischen Staat und Privatsektor. Die Zuordnung von Institutionen zum staatlichen Bereich (Regierung, staatliche Verwaltung, Parlament, Parteien) ist meist klar und problemlos. Aber was ist unter Privatsektor zu verstehen? Ihm ist alles zuzuordnen, was nicht-staatlich ist. Aber kann dies alles Zivilgesellschaft sein? Sind Siemens oder Coca Cola das Gleiche wie Greenpeace oder Oxfam? Es liegt nahe, diejenigen Organisationen, die auf (markt)wirtschaftliche und sehr partikulare Interessen von Umsatz und Gewinn ausgerichtet sind, die wiederum dem Unternehmen bzw. seinen Anteilseignern zugute kommen, von denen zu unterscheiden, die gemeinnützige Zwecke verfolgen und auf die Verwirklichung von gemeinwohlorientierten Werten zielen. Erstere machen den Profit-Sektor des nicht-staatlichen Bereichs aus, letztere den Non-Profit-Sektor. Da deren Ziele weder auf Machteroberung oder die Teilhabe an staatlicher Macht einerseits, noch auf Gewinnerzielung für private Zwecke andererseits ausgerichtet sind, konstituieren sie einen eigenen, von Markt und Staat unterscheidbaren und abgrenzbaren Bereich. Diesen nennen wir Zivilgesellschaft.



Aktionen anlässlich des ersten White-Band-Day am 2. Juli 2005, einem weltweiten Aktionstag gegen Armut. Die Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ will durch verstärkte öffentliche Aufklärung die Regierungen dazu drängen, ihre Verantwortung zur Umsetzung der Millenniumsziele wahrzunehmen.

Sie ist zunächst nur ein begriffliches Konstrukt, das weder auf eine spezifische Organisationsform noch a priori auf gemeinsame Interessen der verschiedenen Gruppen und Vereinigungen hinweist. Es ist ein Strukturmerkmal der Zivilgesellschaft, dass sie nicht primär über formale Zuordnungsprinzipien außer dem der – abgrenzend gesprochen – Nicht-Macht- bzw. Nicht-Markt-Orientierung definiert werden kann, sondern eher über qualitative Merkmale. Maßgeblich sind die jeweils konkreten Ziele der Organisationen sowie die Frage, welche und wessen Interessen sie mit Hilfe welcher Maßnahmen und Aktivitäten vertreten. Zivilgesellschaft hat eine normative Dimension in dem Sinn, dass sie Organisationen umfasst, in denen sich Bürger freiwillig zusammenfinden, um für ihre jeweilige Gesellschaft oder die Weltgesellschaft etwas zu tun, was deren Entwicklung und friedliches Fortbestehen fördern und sichern hilft. Auch wenn die einzelnen Institu-

tionen und Akteure der Zivilgesellschaft nicht nach politischer Macht im Sinne von staatlicher Herrschaft streben, so sind sie dennoch oft nicht unpolitisch und können durchaus gesellschaftspolitische Ziele als Entwicklungs-, Umwelt-, Frauen-, Menschenrechts-, Migrant/innenorganisationen oder als Stadtteilgruppe verfolgen. Sie wollen dabei weniger für sich als Organisation als vor allem für die Menschen und deren Sache etwas erreichen, von denen sie getragen werden und für die sie auftreten, sprechen und handeln. Zivilgesellschaft ist gekennzeichnet durch ein breites und plurales Meinungs- und Tätigkeitspektrum. Die Unterschiede hinsichtlich Größe, Bedeutung, Professionalität, ideologischer Ausrichtung und konkreter Handlungsformen können beträchtlich sein. Allen Gruppierungen eignet jedoch die Non-Profit-Ausrichtung an. In entwicklungspolitischer Hinsicht sind die Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) oder sozialen

Bewegungen die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteure. Zu ihrem Ziele-Kanon gehören vor allem die Förderung sozialen Fortschritts, die Durchsetzung und der Schutz der Menschenrechte, die Schaffung und Stabilisierung partizipativer Strukturen, Friedensarbeit, Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung sowie die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimaschutzes.

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für Demokratie und Menschenrechte kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ohne weitreichende Bürgerbeteiligung, ohne eine lebendige Zivilgesellschaft und ein breit gefächertes Spektrum artikulierter gesellschaftlicher Interessen kann Demokratie nicht funktionieren und bleibt Entwicklung im Dickicht staatlicher Bevormundung und Kontrolle oder in technokratischer Unzulänglichkeit stecken. Akteure der Zivilgesellschaft machen auf Defizite staatlichen Handelns aufmerksam, bringen die Bedürfnisse gesellschaftlich und politisch marginalisierter Gruppen ins Spiel und formulieren alternative Politikentwürfe, für die sie aktiv eintreten und werben. Sie übernehmen Wachhund-Aufgaben und organisieren mitunter konkrete Hilfe, die Staat und Markt nicht bereitstellen. Sie können staatliches Handeln ergänzen, den Staat aber nicht ersetzen. Insofern spielen sie eine wichtige Rolle bei der Einforderung der Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Ein genauerer Blick auf die Rolle der entwicklungspolitischen NRO zeigt, dass ihre Arbeit lange Zeit jedoch vor allem humanitär und karitativ bestimmt war. Erst etwa zu Beginn der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts begannen sie, verstärkt die politische Dimension der Entwicklungs„hilfe“ in den Blick zu nehmen und sich auch mit den Ursachen von Armut und Verarmung auseinanderzusetzen. Immer wieder war nämlich zu beobachten, wie schnell mühsam errungene Projekterfolge in Entwicklungsländern durch gewaltsame Konflikte, politisches Fehlverhalten von Regierungen vor Ort, die wenig für das Wohl ihrer Bevölkerung, aber viel für ihre eigenen Konten taten, durch ex-

terne ökonomische Schocks, unfaire Strukturen und Praktiken im Welthandel und auch Naturkatastrophen beeinträchtigt oder zunichte gemacht wurden. Eine besondere Rolle bei diesen Lernerfahrungen spielten exemplarisch die Folgen der Schuldenkrise, des Agrardumping der EU oder der Stukturanpassungsprogramme von

wicklungsländern bis hinein in die Mittelschichten der reichen Länder – sehen sich als Verlierer dieser Prozesse und nehmen dieses „Schicksal“ nicht einfach klag- und tatenlos hin. Als seine treibenden Kräfte wurden vor allem die überstaatlichen Organisationen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Welthandelsor-



„Stand up & Speak out“ lautete das Motto eines weltweiten Aktionstages gegen Armut im Oktober 2007, an dem sich Millionen Menschen weltweit beteiligten – unter ihnen auch die Kinder einer Kindertagesstätte in Wickede-Wimbern.

Weltbank und IWF. Eine langfristige Wirkung der eigenen Arbeit schien nicht erreichbar, ohne sich mit dem strukturellen Umfeld der Projektarbeit zu beschäftigen und so darauf einzuwirken, dass sozio-ökonomische Entwicklung befördert und nicht behindert würde. Für viele kritische Beobachter und auch Spender wurde die traditionelle Projekt- und Programmhilfe erst in Verbindung mit politischer Arbeit glaubwürdig.

Dieses neue Denken führte zu einem Paradigmenwechsel. Entwicklungsarbeit erfolgte nicht mehr nur aus karitativen Motiven und mit assistenzieller Attitüde, sondern strebte nach Gerechtigkeit. Unrecht sollte klar benannt und strukturell bekämpft werden. Befördert wurde dieser Wandel auch durch die Globalisierung der Güter- und Finanzmärkte. Diese hat zwar den weltweiten Wohlstand beträchtlich erhöht, seine Verteilung aber zugleich in eine dramatische Schieflage gebracht. Zu viele Menschen – in Ent-

wicklungsländern bis hinein in die Mittelschichten der reichen Länder – sehen sich als Verlierer dieser Prozesse und nehmen dieses „Schicksal“ nicht einfach klag- und tatenlos hin. Als seine treibenden Kräfte wurden vor allem die überstaatlichen Organisationen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Welthandelsor-

organisation (WTO), die reichen Länder sowie die transnationalen Konzerne gesehen. Sie erschienen übermächtig und zugleich unfähig, mit den großen globalen Krisen der extremen Armut, des Klimawandels, der Pandemien, des organisierten Verbrechens oder des Terrorismus fertig zu werden. Sie galten eher als Teil des Problems denn der Lösung. Dies führte zu Verunsicherung, wachsender Kritik und Aggressivität, die sich beispielsweise anlässlich der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 1999 in Seattle oder des G7-Gipfels in Genua 2001 besonders heftig entlud.

Die Probleme und Krisen wachsen über nationale Grenzen weit hinaus und sind mit den Mitteln und Möglichkeiten des Nationalstaats allein nicht zu lösen, obwohl ihm nach wie vor eine zentrale Rolle zukommt. Die offensichtlichen Handlungsdefizite werden durch die bisher entwickelten Ansätze einer *global governance* nicht hinreichend kompensiert, sei es, weil

multilaterale Politik nicht oder nur à la carte erwünscht ist, da sie sich – wie im Fall der Vereinigten Staaten – nicht mit dem Selbstverständnis einer Großmacht verträgt, oder sei es, weil sich die unterschiedlichen Interessenlagen der Staaten gegenseitig neutralisieren. Und wo es zu Kooperationen und zum Zusammenspiel von Regierungen auf internationaler Ebene kam und kommt – etwa bei den G7/8-Gipfeln, im Rahmen der UN-Konferenzen (z. B. der Umwelt- und Entwicklungskonferenz 1992 in Rio de Janeiro oder des Millennium-Gipfels im Jahr 2000, der mit den Millennium-Entwicklungszielen das Programm zur Halbierung der extremen Armut bis 2015 formulierte) oder im Kontext der internationalen Regimes (z. B. der Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll) – werden oft nur Ergebnisse auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners erreicht, die der Größe und Bedeutung der anstehenden Herausforderungen nicht entsprechen. Eine Korrektur durch die demokratisch legitimierten nationalen Parlamente findet nicht statt. Gespeist von der Enttäuschung über Staats- und Marktversagen stießen und stoßen Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure der Zivilgesellschaft in dieses Vakuum vor. Sie bringen nicht berücksichtigte Interessen zu Gehör, stellen Öffentlichkeit her, skandalisieren die ungelösten Probleme und tragen so zur Gestaltung und Demokratisierung der Globalisierungsprozesse bei beziehungsweise stellen diese grundsätzlich in Frage.

Gefördert wurde dies vor allem durch die großen UN-Konferenzen der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts (Rio, Kopenhagen, Peking, Kairo etc.). Mehr und mehr bezog das UN-System die Expertise der Vertreter der Zivilgesellschaft (unter Berücksichtigung auch des privaten Sektors) in die Beratung der großen Weltthemen mit ein und schuf für sie eine zwar informelle, aber durch Kenntnis und Engagement konsolidierte Basis der systematischen Mitwirkung. Es gibt heute nahezu keinen internationalen politischen Prozess von Rang mehr, der nicht von NRO in dieser Weise begleitet würde. Entsprechend breit ist ihre Themenpalette und umfassend die



280.000 Unterschriften auf 280.000 Pillenschachteln. Eine spektakuläre Aktion des Aktionsbündnis gegen Aids, wenige Tage vor der 16. Weltaidskonferenz in Toronto. Zum Aktionsbündnis gehören mehrere Hundert Organisationen und Basisgruppen, darunter auch der Weltfriedensdienst.

Gruppe der politischen Akteure, mit denen sie sich beschäftigen. So zählen NRO in dieser Hinsicht zu den Globalisierungsgewinnern, die insbesondere ihre Advocacy- und Lobbyarbeit immer stärker international vernetzt und dadurch effektiviert haben.

All dies hat dazu geführt, dass die Zahl der NRO in den letzten Jahren weltweit stark angewachsen ist und ihre Bedeutung auf nationaler wie internationaler Ebene erheblich zugenommen hat, gelegentlich bis zum Maß der Überschätzung ihrer Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass auch der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme vor allem in Osteuropa für das Entstehen und Agieren von NRO entscheidende Voraussetzungen mit geschaffen hat. Die durch das Ende von autoritären Einparteiestaaten und Planwirtschaften ausgelösten Transformationsprozesse eröffneten Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten im gesellschaftlichen Raum, die bis dahin nicht oder nur in Ansätzen bestanden. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen in den Ländern des zerfallenen Sowjetimperiums, strahlte aber bis nach Afrika und Lateinamerika aus, wo ebenfalls gesellschaftliche Kräfte nachdrücklicher für ihre Interessen ein- und selbstbewusster ihren Regierungen gegenübertraten. Jedoch sollte kritisch angemerkt werden, dass es in

der großen Herde der NRO auch schwarze Schafe gibt, die in manchen Fällen vor allem zum Zweck der Geldbeschaffung bzw. als staatliche Vorfeldorganisationen (sog. *Quasi-Non Governmental Organisations – QUANGOs*) geschaffen wurden und wenig zivilgesellschaftliches Profil aufweisen.

In den meisten liberalen Demokratien erfreuen sich NRO einer wachsenden Anerkennung und Wertschätzung. Sie werden zur Beratung der Politik herangezogen. Auch die großen internationalen Institutionen wie auch die Industrie suchen verstärkt das Gespräch mit ihnen. Aber was den einen als Fortschritt, Qualifizierung der politischen Prozesse und Zugewinn an Demokratie gilt, wird von anderen gerade umgekehrt als Gefährdung demokratischer Strukturen und Verfahren in der bisher bekannten Form betrachtet. Gelegentlich hört man auch den Einwand, dass NRO den Parlamenten den Rang abliefen. Diese Kritik geht freilich weniger an die Adresse der NRO, die ihre Stärke aus ihrer Tüchtigkeit, Sachkunde und gegebenen Möglichkeiten beziehen, wohingegen starke oder schwache Parlamente Ausdruck des Reifegrades des jeweiligen demokratischen Systems sind. Dennoch gehört aus dieser kritischen Perspektive mangelnde oder fehlende Legitimation zum Standardvorwurf gegenüber den NRO.

Besonders gerne wird die Kritik dort bemüht, wo sich Politik oder andere Interessengruppen durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten gestört und behelligt fühlen. Kontern lässt sie sich durch den Verweis darauf, dass NRO in der Regel von ihren Mitgliedern, Spendern und Unterstützern getragen werden, die durch finanzielle Zuwendungen und/oder explizite Zustimmung zu inhaltlichen Positionen und politischen Aussagen und Aktionen ihr Tun legitimieren. Wichtig ist dabei, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen über transparente Strukturen verfügen und über ihre Finanzquellen und ihr Tun offen Rechenschaft ablegen, was bedauerlicherweise nicht immer konsequent genug beherzigt wird.

Es ist auch nicht ohne Bedeutung, dass NRO in vielen Ländern staatlich unterstützt werden. So unterstützt in Deutschland das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Arbeit der NRO im Jahr 2008 mit rund 560 Mio EURO. Aus Mitteln des Auswärtigen Amtes stehen für Humanitäre Hilfe, Minenräumung, Krisenprävention und Friedenskonsolidierung 202 Mio EURO zur Verfügung. Davon kommt etwa die Hälfte den NRO zugute. Auch das Umweltministerium fördert NRO für umwelt- und klimapolitische Aufgaben. Weitere Mittel fließen aus Kassen der EU. Es wird geschätzt, dass die deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt etwa 1,5 bis 2 Mrd. EURO pro Jahr umsetzen.



Rund 100 Organisationen sind Mitglieder im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). Der Dachverband fördert und koordiniert gemeinsame Aktionen der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, bezieht Stellung zu wichtigen Fragen der Entwicklungspolitik.



Eine andere Welt ist möglich. Mehr als 80.000 Menschen demonstrierten am 2. Juni 2007 in Rostock anlässlich des G8-Gipfels.

Zivilgesellschaftliches Engagement setzt demokratische politische Strukturen, offene gesellschaftliche Verhältnisse, Informations-, Meinungsfreiheit und Rechtssicherheit sowie ein Mindestmaß an finanziellen Ressourcen voraus. Leider kann davon nicht überall die Rede sein. Gerade hat Russland nach Informationen von *Human Rights Watch* mit einem neuen Gesetz mit exzessiven bürokratischen Regelungen die Arbeit von NRO lahmgelegt. In Entwicklungsländern hält mancher Staats- oder Regierungschef zivilgesellschaftliches Handeln für subversiv und daher unerwünscht, was zu offener Repression führen kann. Aber auch bei der Europäischen Kommission gibt es seit langem Tendenzen, NRO als Erfüllungsgehilfen der Politik anzusehen.

Zweifelloso birgt ein produktives Verhältnis von Staat, Wirtschaft und NRO zahlreiche Vorteile für alle Beteiligten. Staat und Wirtschaft gewinnen spezielle Expertise und zusätzliche Problemlösungskompetenz, besseren Zugang zu wichtigen Zielgruppen, Zugewinn an Legitimation und frühzeitige Hinweise auf gesellschaftliche Probleme, Konflikte und Krisen. Die Vorteile für NRO liegen insbesondere im Zugang zu Informationen, öffentlichen Geldern und Entscheidungsträgern. Sie können politische Entscheidungsprozesse mitgestalten und erfahren dadurch einen auch

öffentlich wirksamen Bedeutungszuwachs.

Die Kooperation zwischen so ungleichen Akteuren ist aber auch insbesondere für die NRO mit Risiken und Nebenwirkungen verbunden. Dazu gehören Kooptation, Instrumentalisierung und die Absorption von gerade bei NRO knappen Ressourcen. Dies zusammen kann zum Verlust von Autonomie und zur Unfähigkeit führen, die Interessen, für die man angetreten war, wirkungsvoll zu vertreten. Die Risiken lassen sich jedoch umso wirkungsvoller minimieren, je mehr man sich ihrer bewusst ist. Zunehmend schwierig gestaltet sich der Umgang mit der wachsenden Fülle entwicklungspolitisch relevanter Themen und Adressaten, für die selbst große NRO nicht immer über ausreichende Kapazitäten verfügen. Entwicklungsarbeit ist auch in ihrer nicht-staatlichen Form politischer geworden. Für zivilgesellschaftliches Handeln liegen darin neue Möglichkeiten der Politik-Mitgestaltung. Sie nicht zu nutzen hieße, historische Chancen zu vertun.

DR. REINHARD HERMLE, ehemaliger Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), war langjähriger Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei Misereor und ist seit 2007 Entwicklungspolitischer Berater bei Oxfam Deutschland.

Globale Netzwerke

Möglichkeiten und Herausforderungen

Adane Ghebremeskel

Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren haben eine weltweite enthusiastische Bewertung der Rolle von Zivilgesellschaft bei gesellschaftlichen Transformations- und Demokratisierungsprozessen ausgelöst. Dies gilt besonders in Afrika, wo sich u. a. Gewerkschaften, Berufsverbände und StudentInnen für die Beendigung autokratischer Regime einsetzten. Dieses Phänomen, das auch als „zweite Welle der afrikanischen Unabhängigkeit“ bezeichnet wurde, hat weltweit Gemeinsamkeiten zivilgesellschaftlicher Veränderungsstrategien deutlich gemacht und die Notwendigkeit globaler Vernetzung, wenn nicht sogar der Etablierung einer gemeinsamen Kultur, aufgezeigt.

Der Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ wird gemeinhin bezogen auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die sich ehrenamtlich für gemeinsame Interessen und Werte einsetzen. Institutionell wird Zivilgesellschaft zwischen Staat, Familie und Wirtschaft angesiedelt. Diese Abgrenzungsversuche sind meist theoretischer Natur, in der Praxis sind die Grenzen fließend und werden immer wieder neu ausgehandelt. Die dynamische Natur von Zivilgesellschaft kommt im aktuellen Aktionsfeld, auf der jeweiligen Ebene bürgerschaftlichen Engagements, im Grad der Institutionalisierung, der Autonomie und der Macht zum Ausdruck. Somit kann Zivilgesellschaft – abhängig von der aktuellen Verortung – sehr unterschiedliche Organisations- und Aktionsformen hervorbringen. In diesem Sinn wird Zivilgesellschaft als Bestandteil eines politischen Pluralismus verstanden, der eng mit dem ‚Demokratiebegriff‘ verbunden und international ein äußerst umstrittenes Konzept ist. In der aktuellen historischen Situation wird ‚Demokratie‘ vor



In Miraflores, am Rande der peruanischen Hauptstadt Lima, demonstrierten im Juni 2007 Menschen unter dem Motto „Der Hunger wartet nicht. Für eine Globale Wirtschaft, die den Menschen dient.“ Die Demonstration endete an der deutschen Botschaft.

allem als ‚liberale Demokratie‘ verstanden, mit Schwerpunktsetzung auf Mehrparteiensysteme, regelmäßige stattfindende freie und faire Wahlen, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Anerkennung der Menschenrechte. Spätestens nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich dieses Demokratieverständnis in der globalen Debatte durchgesetzt, alternative Konzepte konnten sich nicht behaupten.

Der Vormarsch der liberalen Demokratie auf der politischen Ebene wurde wirtschaftspolitisch durch eine offensive Förderung des kapitalistischen Systems begleitet. Das neo-liberale Denken zielt auf eine Radikalisierung der Marktwirtschaft ab, wobei der Staat zurückgedrängt, Privatisierung und Liberalisierung ökonomischer und sozialer Aktivitäten befördert und Handelsbarrieren abgebaut werden. Um diese Politik weltweit durchzusetzen, wurde den Entwicklungsländern für Unterstützungsmaßnahmen vom Westen eine Austeritätspolitik aufgezungen. Im Nachklang des 11. September 2001 und der Invasion Afghanistans und des Irak wurde die eher subtile und diplomatische globale Strategie und ihre Einbettung in multilaterale Institutionen zugunsten

einer mehr militaristischen und „anti-terroristischen“ Gangart verlassen. Die Diskussion über die Rolle der Zivilgesellschaft muss in diesem globalen Kontext geführt werden. Auf theoretischer Ebene ist zu fragen, welche Organisationsform eine Gesellschaft haben und wie das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft aussehen soll. Diese Fragen wurden insbesondere bei der Transformation der osteuropäischen Staaten aufgeworfen, spielen aber auch in Afrika eine große Rolle, wo die Zivilgesellschaft eine wichtige Position beim Übergang von autoritären Regimes zu demokratisch ausgerichteten politischen Systemen einnimmt. Während der Zeit autoritärer Regime in Afrika, ob kolonial oder postkolonial geprägt, suchten zivilgesellschaftliche Institutionen, Befreiungsbewegungen oder Oppositionsparteien, die in ihrem Land selbst keinen ausreichenden Raum für ihre Aktivitäten finden konnten, die Solidarität der internationalen Zivilgesellschaft und damit Möglichkeiten, ihren jeweiligen Fall publik zu machen. Über diese auf politische Solidarität basierende Zusammenarbeit hinaus bildeten sich Netzwerke zu global wichtigen Themen, etwa zur Schuldenkrise oder zu Umweltfragen. Sol-

che thematischen Netzwerke werden besonders aktiv im Zusammenhang bedeutender internationaler Großereignisse wie z. B. der G8-Gipfeltreffen oder thematischer UN-Konferenzen. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke waren hier beim Agenda-Setting wie bei der Beeinflussung von wichtigen Entscheidungen erfolgreich, sei es durch direkte Einmischung in Diskussionen der Regierungsvertreter, durch die Organisation von Parallelveranstaltungen („Gegengipfel“) oder durch Protestkundgebungen, um den öffentlichen Druck auf die Entscheidungsträger zu erhöhen. Einige dieser Netzwerke agierten nur anlässlich solcher Konferenzen, andere etablierten sich dauerhafter.

Die meisten dieser Netzwerke wurden durch zivilgesellschaftliche Akteure aus dem Norden ins Leben gerufen und werden auch von diesen geführt, unabhängig davon, ob die Thematik eher eine Klientel im Norden oder im Süden betrifft. Die Dominanz des Nordens liegt hier vor allem in ihrer Ressourcenausstattung und ihrem technologischen Vorsprung begründet. Ein weiterer Grund liegt darin, dass diese Akteure ihre jeweiligen Regierungen für die Probleme mit verantwortlich machen, mit denen sich die Menschen im Süden konfrontiert sehen. Darüber hinaus gibt es in diesen Ländern bereits eine gewisse Tradition bei der Durchsetzung bürgerlicher und politischer Grundrechte, die den zivilgesellschaftlichen Organisationen ausreichend Spielraum geben, sich aktiv für ihre Belange in den politischen Prozess einzubringen. Diese Möglichkeiten mögen in Ländern des Südens nicht immer gegeben sein, wo es eher begrenzten Spielraum für NGOs gibt, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit und auf die internationale Agenda zu bringen. Faktisch versetzen



Die Umweltorganisationen *Environment Africa*, Partnerorganisation des Weltfriedensdienstes, gehört zu den ältesten Nichtregierungsorganisationen in Zimbabwe.

die politische Drangsalierung, die Mittelknappheit und die unzulänglichen technischen und organisatorischen Möglichkeiten die zivilgesellschaftlichen Akteure im Süden bei ihrer Kommunikation mit ihren Counterparts im Norden in eine untergeordnete Position.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, grundsätzlich nach den Möglichkeiten eines gleichberechtigten Dialogs zwischen Norden und Süden zu fragen. Angesichts des vorherrschenden Machtungleichgewichts kommt dieser Dialog gar nicht oder nur schlecht zustande. Es ist also zu fragen: Wessen Perspektive zu den bedrückenden globalen Themen Armut, Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Konflikte wird letztendlich bei den internationalen Netzwerken eingenommen?

Die expansive Natur der NGOs aus dem Norden führt zudem dazu, dass sie ihre entwicklungs- und demokratiepolitischen Aktivitäten in den Süden ausweiten – sei es durch direkte Intervention oder durch die Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eine solche Tendenz lässt sich bis zu den christlichen Missionaren zurückverfolgen. Bereits diese nahmen für sich in Anspruch, in den Süden zu kommen, um die verlorenen Seelen der Menschen zu retten und zu erlösen. Die Aktivitäten der Missionare können aber nicht unabhängig von der Politik des Kolonial-

staates betrachtet werden. Kritische Historiker fordern, dass die Rolle der christlichen Missionare diesbezüglich genauer untersucht werden sollte. Ähnliches raten Beobachter auch, wenn es um die aktuelle Rolle der NGOs aus dem Norden geht.

Obwohl die westlichen Nichtregierungsorganisationen bei ihrem Alltagsgeschäft ein großes Maß an Autonomie genießen, kann die Vorsilbe „Nicht-“ kaum absolut gesetzt werden. Nicht nur, weil die NGOs zum größten Teil über öffentliche Mittel finanziert werden, sondern auch, weil ihre Aktivitäten in nationale politische Strategien eingeordnet sind, durch die deutlich regionale und thematische Schwerpunkte gesetzt werden. Nur innerhalb dieses Rahmens können NGOs agieren. Regierungen und NGOs des Westens ordnen sich dem Paradigma des „nationalen Interesses“ unter. Somit muss akzeptiert werden, dass NGOs ein verlängerter Arm, wenn nicht sogar ein direkter Teil der jeweiligen Außenpolitik sind. Faktisch sind es die gebündelten „nationalen Interessen“ des Westens, die die Agenda im Entwicklungssektor bestimmen. In diesem Sinne wäre zu wünschen, dass die NGOs im Süden in ihrer Zusammenarbeit mit ihren Counterparts im Norden einen ähnlich konzertierten Ansatz verfolgen würden, vorausgesetzt die Regierungen ihrer Länder verfügen über ausreichende Legitimität und Unterstützung durch die jeweilige Bevölkerung. Doch





Rund 20.000 Menschen aus allen Teilen des Landes beteiligten sich am 14. Februar 2003 an einem Marsch zum südafrikanischen Parlament in Cape Town.

dieses scheint in vielen Ländern des Südens nicht der Fall zu sein. Daher ist es wichtig zu fragen, ob die so vielfach betonte zivilgesellschaftliche Partnerschaft zwischen Nord und Süd real wirklich existiert. Eine Antwort auf diese Frage sollte klären, ob die „Partnerschaft“ zwischen den NGOs im Norden und im Süden wirklich die essenziellen Nöte auf Basis- und nationaler Ebene anspricht.

In dem Maße, in dem sich die außenpolitische Ausrichtung des Westens ändert, verändern sich auch die Schwerpunktbereiche der Entwicklungspolitik. NGOs im Norden folgen normalerweise diesen Veränderungen in der Politik und gehören faktisch zu den Wegbereitern solcher Veränderung, indem sie für die Unterstützung und Finanzierung von NGOs im Süden die entsprechenden Richtlinien (mit-)formulieren. Diese einseitige periodische Schwerpunktänderung beeinträchtigt eine auf Dialog gestützte Partnerschaft. Zudem gefährdet sie die Nachhaltigkeit von gemeinsamen Programmen, die langfristiges Engagement benötigen. Dagegen scheint der hier beschriebene Ansatz eher die Abhängigkeit der NGOs im Süden von den Geldern aus dem Norden zu perpetuieren und gleichzeitig die Macht der NGOs aus dem Norden zu stärken. Vor diesem Hintergrund sind die Süd-NGOs ständig substanziiell in ihrem materiellen Überleben bedroht; ihnen bleibt nichts anderes übrig, als den vorgegebenen inhaltlichen Änderungen zu folgen, meistens zum Nachteil ihrer langfristigen Strategien. Ebenso muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Zusammenarbeit

zwischen internationalen und lokalen NGOs inzwischen als eigener Sektor etabliert ist, der in manchen afrikanischen Ländern bereits den wichtigsten ökonomischen Bereich darstellt. Dies weist darauf hin, dass sich eine zielbewusste Interessengruppe fest etabliert hat, die sich eher mit den nationalen und internationalen wirtschaftlichen und politischen Eliten identifiziert, als mit den am meisten marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die sie zu unterstützen vorgibt. In diesem Zusammenhang ist es kaum eine Priorität, sich um effektivere und partnerschaftlich organisierte Basisaktivitäten zu kümmern, stattdessen steht die Sicherung des Mittelflusses im Vordergrund. Faktisch wird dies noch durch die Bedingungen verschärft, die die NGOs aus dem Süden erfüllen müssen, um „antrags- und zuwendungsberechtigt“ zu sein. Sie reichen von der Art der Problemdarstellung, der beabsichtigten Aktivitäten, der Messbarkeit der Arbeitsergebnisse und Wirkungen, bis hin zu Vorschriften der Mittelabrechnung. Die Nord-NGOs bestehen darauf, dass diese Bedingungen von ihren „Partnern“ eingehalten werden, da sie durch die Geld gebenden Regierungen festgesetzt worden sind. Verhandlungsspielräume gibt es kaum und da die Süd-NGOs normalerweise in einer schwächeren Position sind, akzeptieren sie üblicherweise diese Bedingungen, um die Mittel für ihre Projekte zu erhalten. Aber genau an diesem Punkt wird das Machtungleichgewicht sehr deutlich, das die Möglichkeit, einen ernsthaften Dialog und eine Partnerschaft zu entwickeln, massiv einschränkt. Es ist also zu fragen, ob die

Probleme bei der Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten nicht genau dieser Natur der Zusammenarbeit geschuldet ist.

In solch einem Zusammenhang über Dialog und Partnerschaft zu reden, bedeutet nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Unter den progressiveren Akteuren innerhalb der Zivilgesellschaft gibt es das Anliegen, angesichts der genannten Herausforderungen die Ansprüche an Solidarität und Partnerschaft kritisch zu betrachten. Ziel kann nur sein, die Lücke zwischen verbalen Ansprüchen und umsetzbarer Praxis so klein wie möglich zu halten. Aus diesem Grund sollte es mehr Klarheit über den Prozess der Zusammenarbeit zwischen NGOs im Süden und im Norden geben. Ein Weg kann sein, das zwischen ihnen vorherrschende Machtungleichgewicht klar zu benennen und als Arbeitsgrundlage zu akzeptieren. Auf der Grundlage einer solchen Prämisse kann eine transparente und gleichberechtigte Kommunikation erreicht werden, bei der beide Partner wissen, was sie in ihrer jeweiligen Position erwarten und fordern können. Dieses Vorgehen macht es einfacher, die Felder abzustecken, in denen überhaupt Änderungen möglich sind, um diese dann konstruktiv zu bearbeiten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es allerdings sehr schwierig, diesen Weg zu verfolgen, da die Realität durch viel Verwirrung gekennzeichnet ist. Es wird propagiert, dass es eine weitgehende Partnerschaft zwischen Nord und Süd gibt, aber die Realität sieht anders aus. Die Verwirrung zwischen Anspruch und Wirklichkeit lähmt die Entstehung eines konstruktiven Dialogs und einer konstruktiven Partnerschaftlichkeit – die die Menschheit bei der Umsetzung einiger dieser wichtigen Themen einen Schritt weiter bringen würde.

ADANE GHEBREMESKEL ist Politologe und arbeitet seit 2007 als Friedensfachkraft des Weltfriedensdienstes beim *Center for the Study of Violence and Reconciliation (CSV)* in Johannesburg. Zuvor war er als Friedensfachkraft in Zimbabwe tätig.

Aus dem Englischen übersetzt von Siegfried Schröder.

Den Benachteiligten eine Stimme geben

Aufgaben und Aktivitäten der Zivilgesellschaft

Jörg John / Mariam Sow

Eines der wesentlichen Merkmale und Ziele der Zivilgesellschaft – auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern – ist es, denjenigen eine Stimme zu geben, deren Interessen kaum oder gar nicht berücksichtigt werden. In diesem Sinne engagiert sich seit drei Jahrzehnten auch **ENDA TIERS MONDE**.

Die internationale Nichtregierungsorganisation, mit Sitz in der senegalesischen Hauptstadt Dakar, hat sich der Vision einer solidarischen und friedlichen Welt verschrieben, in der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt respektiert, Ressourcen gerecht verteilt und im Interesse zukünftiger Generationen sorgsam verwaltet werden.

Die Förderung der Autonomie, die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen und der sozialen Bewegungen und deren aktive Teilhabe am sozioökonomischen und politischen Leben stehen bei **ENDA TIERS MONDE** im Vordergrund. Bildung, Aktionsforschung und die Schaffung strategischer Allianzen sind dabei wichtige Mittel und Methoden, die dazu beitragen, dass die Zivilgesellschaft an der Politikgestaltung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit beteiligt ist. Die Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten an nationalen und internationalen Treffen, bei denen ihre Fähigkeiten im Bereich des *Campaigning* und des *Lobbying* gestärkt und die Ergebnisse ihrer Aktionsforschung verbreitet werden, spielen dabei eine entscheidende Rolle. So werden u. a. die Sozialforen auf den verschiedenen Ebenen, bei denen **ENDA** häufig eine wichtige Funktion innehat (in Verwaltungsräten oder Kommissionen), als „Bühne“ genutzt, um wichtige Themen auf die Tagesordnung zu setzen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen: Armuts-



Strategieworkshop, organisiert von ENDA-ProNat. Die Frauen aus den ländlichen Gebieten wünschen sich eine stärkere Beteiligung an politischen Prozessen und Entscheidungen.

bekämpfung, Verschuldung, genmanipuliertes Saatgut, fairer Handel, erneuerbare Energien, Klimawandel, Menschenrechte etc.

Um dieser komplexen Aufgabe nachkommen zu können, hat **ENDA** Teams in 15 Ländern auf vier Kontinenten geschaffen: in Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa. Die einzelnen Teams bearbeiten Projekte zu den unterschiedlichen Themenbereichen, bei dessen Konzeption und Durchführung Zivilgesellschaft und staatliche Strukturen involviert sind. Allein im Senegal arbeiten sechzehn Teams, die sich häufig in ihrer Arbeit ergänzen: öffentliches Gesundheitswesen, nachhaltige ländliche (Agrar-)Entwicklung, Wasserwirtschaft, Stadtteilsanierung, Infrastrukturfragen, Meeresschutz, Energieversorgung, Abfallwirtschaft und Recycling etc. Darüber hinaus werden Broschüren herausgegeben, nicht nur aus dem eigenen Haus, sondern auch aus anderen Teilen der Zivilgesellschaft.

Im Laufe der letzten 35 Jahre, seit der Gründung von **ENDA**, haben sich weltweit die Strukturen, die Reichweite

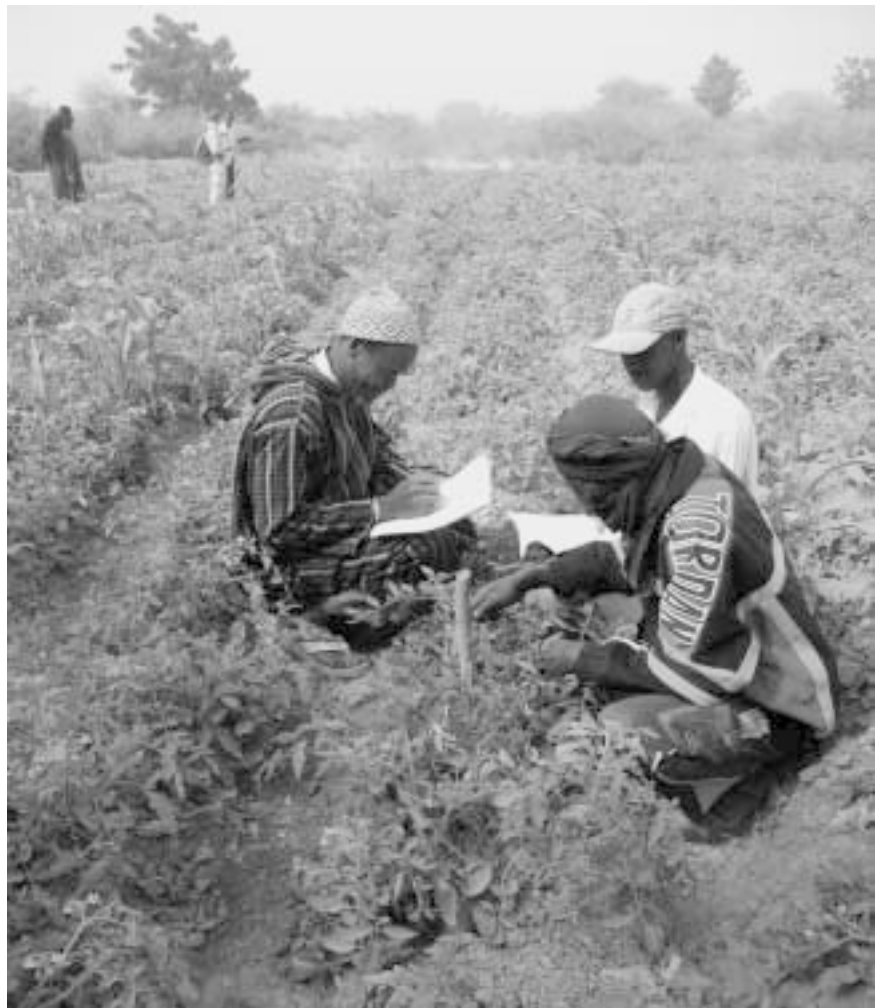
und vor allem die Orientierung der Zivilgesellschaft geändert. Einige Vertreter von internationalen Finanzinstitutionen, internationalen NRO der Entwicklungszusammenarbeit oder auch lokalen Organisationen haben sehr wohl die zunehmend politische Dimension der Zivilgesellschaft erkannt. Diese Entwicklung ist besonders auf dem afrikanischen Kontinent zu spüren, wo politische Krisen und kriegerische Auseinandersetzungen dazu geführt haben, dass Beteiligung auf lokaler und nationaler Ebene gefordert wurde und demokratische Prinzipien gestärkt wurden. Dabei übernehmen häufig wichtige und charismatische Figuren der Zivilgesellschaft entscheidende Funktionen bei einem Wechsel in Politik und Regierung und bringen ihre jahrelangen Erfahrungen mit ein.

ENDA setzt genau bei dieser Dynamik an und versucht zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure zusammenzubringen, um Synergien für spürbare Verbesserungen der Lebensbedingungen der benachteiligten Bevölkerung zu bewirken. Dabei variieren Mittel

und Methoden je nach Kontext und Thematik und dem Verhältnis der Akteure zueinander auf nationaler oder internationaler Ebene. Die Schwierigkeit dieses Ansatzes liegt darin, dass es keine allgemeingültigen Rezepte gibt. Der Erfolg der Interventionen hängt in erster Linie von der Kompetenz und Innovationsfähigkeit der Mitarbeiter bei *ENDA* ab. Sie müssen die richtige Wahl der Mittel und Methoden treffen oder gar neue entwickeln und sie dann bei den Akteuren verankern. Ein schwieriges Unterfangen, auch aufgrund der sehr unterschiedlichen Bildungsniveaus der handelnden Personen, die sich z. B. bei Seminaren, an „Runden Tischen“, bei Ausschüssen oder in Kommissionen treffen. Mitglieder von Basisorganisationen, spezialisierten NRO, VertreterInnen der Privatwirtschaft oder staatlicher Institutionen bringen oft sehr unterschiedliche inhaltliche, methodische und kulturelle Erfahrungen in die gemeinsamen Verhandlungen ein.

In Ländern, in denen eine ausdifferenzierte Zivilgesellschaft existiert, die weitgehend von staatlichen Institutionen und politischen Entscheidungsträgern als Diskussions- und Verhandlungspartner akzeptiert wird, lassen sich leicht Ansatzpunkte finden, um gemeinsam Lösungen für drängende Probleme zu erarbeiten und so einen nachhaltigen Entwicklungsprozess voranzutreiben. Regierung und Staat sind hier sogar oft gezwungen, auf die Kompetenzen der Zivilgesellschaft zurückzugreifen, da die eigene Expertise nicht ausreicht. Dies kann autoritären und diktatorischen Tendenzen entgegenwirken, vor denen auch Staaten mit längerer Erfahrung in der Entwicklung formal-demokratischer Strukturen und friedlichen Regierungswechseln (wie zum Beispiel Senegal und Benin) nicht gefeit sind.

Die Rolle *ENDAs* besteht in der schwierigen Aufgabe, für eine gute Repräsentanz benachteiligter Regionen und Bevölkerungsgruppen bei diesen Diskussionsprozessen zu sorgen. Um zu sichtbaren Ergebnissen zu kommen und die berühmten „Papiertiger“ und Fehlinvestitionen zu vermeiden, bindet *ENDA* in diese Prozesse neben den meist eher „hauptstadtlastigen“



Feldschulen sind Teil der Aktionsforschung von *ENDA/ProNat*. Bäuerinnen und Bauern erproben verschiedene ökologische Anbaumethoden oder Saatgutarten und tauschen ihre Erfahrungen aus.

Organisationen auch Akteure aus den ländlichen Gebieten und/oder den infrastrukturell benachteiligten Vorstädten und Vierteln mit ein. Hier sind besonders Aus- und Weiterbildung zur besseren Strukturierung der ländlichen Organisationen nötig, um ihre effiziente Teilhabe an nationalen Prozessen zu erwirken und so der Stimme der Landbevölkerung oder anderer marginalisierter Gruppen Gehör zu verschaffen. In Ländern mit weniger demokratischen Traditionen gilt es, nichtstaatliche Initiativen zu bilden und zu stärken. Gerade hier sind auch staatliche Institutionen häufig nur schwach ausgebildet und wenig befähigt, längerfristige Entwicklungsperspektiven zu entwerfen und zu verfolgen. *ENDA* agiert dabei häufig im länderregionalen oder subkontinentalen Kontext, um die Vorgehensweisen und Ergebnisse aus den Vorreiterländern bekannt zu machen bzw. andere Länder zu einem Umschwenken ihrer Politik zu bewegen.

Häufig sind die Grenzen zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Politik nur schwer auszumachen. Nicht selten findet man politische Entscheidungsträger in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagiert und umgekehrt. Dies kann im Sinne eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses durchaus positiv sein. Allerdings ist hier Aufmerksamkeit geboten, da ein zunehmender Teil der zivilgesellschaftlichen Akteure ihre eigene materielle Bereicherung verfolgt. Hier besteht die Gefahr, dass diese Vertreter nicht nur kontraproduktiv für einen nachhaltigen Entwicklungsprozess sind, sondern auch den Beitrag, den zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Herausbildung demokratischer Strukturen leisten können, torpedieren, weil eine zuverlässige Repräsentanz der Betroffenen und Bedürftigen nicht mehr gewährleistet ist. Allen Schwierigkeiten zum Trotz können die Aktionen *ENDAs* mit Basis-

organisationen und lokalen NRO in vielen Bereichen eine positive Bilanz aufweisen, so z. B.

- die Förderung der Entwicklung einfacher, preisgünstiger Technologien zur Grundwasserversorgung und Abwasserreinigung begleitet von Bildungskampagnen zur Hygiene und Vorsorge;
- die Entwicklung neuer Ansätze in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, insbesondere innovative Sensibilisierungsmethoden zur AIDS-Prävention und zur Betreuung infizierter und erkrankter Personen, ausgezeichnet mit dem Red Ribbon Award, der im August 2006 in Toronto/Kanada durch das UNO-Entwicklungsprogramm und das UNO-Aids-Programm verliehen wurde;
- die Entwicklung und Initiierung alternativer Bildungsprogramme für unterschiedliche Zielgruppen (städtische und ländliche, Jugend- und Erwachsenenbildung);
- die Förderung der Entwicklung nachhaltiger und gesunder Anbaumethoden in der Landwirtschaft durch Aktionsforschungsprozesse mit wissenschaftlicher Begleitung in technischen Belangen und in der Organisationsentwicklung.

ENDA zielt dabei auf die Stärkung der Fähigkeiten der Akteure (Basisgruppen, lokale NRO und staatliche Institutionen) durch die besondere Berücksichtigung des schon vorhandenen Wissens. Die in diesem partizipativen Prozess gewonnenen Ergebnisse bestärken und befähigen die Akteure darin, über ihre eigene Zukunft auf sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene zu verhandeln und zu entscheiden. Einige Beispiele aus dem westafrikanischen Raum illustrieren die Wirkung und Weiterentwicklung von lokalen Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene:

- Die Förderung der Saatgutproduktion traditioneller und eingeführter Sorten im Senegal führte zur nationalen Vereinigung der Saatgutproduzenten. Die sich daraus formierende nationale Koalition mit Wissenschaftlern und NRO zur Biosicherheit erreichte die Aufschubung gentechnikfreundlicher Gesetze im



Produkte aus ökologischem Anbau sind mittlerweile auf vielen Märkten zu finden.

Senegal. Parallel dazu entwickelte sich die regionale westafrikanische Koalition, um effizienter gegen die Einführung von genmanipuliertem Saatgut in die afrikanische Landwirtschaft vorzugehen und durch entsprechende Lobbying-Aktivitäten bei den für Biotechnologien verantwortlichen Ministern der ECOWAS-Staaten Druck auszuüben.

- Die Ergebnisse der Aktionsforschungsprozesse im Senegal zur Verringerung des Pestizid- und Kunstdüngereinsatzes bewog die FAO, gemeinsam mit ENDA und dem UNO-Programm für Umwelt, ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Evaluierung der Risiken durch Pestizide auf kommunaler Ebene und der Einführung von alternativen Anbaumethoden auf sechs westafrikanische Länder auszudehnen.

Im Arbeitskontext unserer Organisation wird deutlich, dass der Beitrag der Zivilgesellschaft für eine nachhaltige Entwicklung unbedingt notwendig ist. Die Kooperation und ein ausgeglichener Dialog zwischen allen wichtigen Betroffenengruppen aus Zivilgesellschaft, Staat und Politik sind hierbei von entscheidender Bedeutung, um von lokalen Erfolgen einzelner Projektaktivitäten und Initiativen zu einer weitergehenden Verbreitung von Lösungsansätzen zu gelangen. Dieser

Ansatz birgt zugleich ein wichtiges Element zum gesellschaftlichen Wandel bis hin zum Aufbau von demokratischen Strukturen auf allen Ebenen. ENDA befindet sich dabei häufig in einer wichtigen Moderatorenrolle.

JÖRG JOHN ist Agraringenieur und arbeitet seit Oktober 2001 als Kooperant des Weltfriedensdienstes bei ENDA/ProNat im Senegal.

MARIAM SOW arbeitet bereits seit 25 Jahren bei ENDA; sie ist Koordinatorin von ENDA-ProNat.

Ernährung sichern

Seit 2001 arbeitet der Weltfriedensdienst mit ENDA/ProNat zusammen, um einen Beitrag zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Die Arbeit konzentriert sich auf drei Regionen. In enger Zusammenarbeit mit senegalesischen Agraringenieuren erproben die Bäuerinnen und Bauern verschiedene Anbaumethoden; in Feldschulen tauschen sie ihre Erfahrungen, z.B. mit unterschiedlichem Saatgut, aus. Die bäuerlichen Aktionsgruppen unterstützen sich auch bei der Vermarktung ökologisch angebauter Feldfrüchte. Das erfolgreiche Projekt soll nun erweitert und auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Um diese Arbeit weiter unterstützen zu können, benötigen wir Ihre Spende.

Stichwort: **Ökofonds**

Ein vom WFD unterstütztes Projekt

Druck von oben – Demokratie von unten:

Zivile Gesellschaft im ländlichen Zimbabwe

Ulli Westermann

„Natürlich ist Demokratie etwas sehr Schönes.“ Der Chief Executive Officer unseres Distrikts machte eine bedeutungsvolle Pause, bevor er zum zweiten – zweifellos wichtigeren – Teil seiner Aussage überging. „Aber sie muss begleitet und behutsam gelenkt werden!“

Häufig kommt mir dieser Satz in Situationen in den Sinn, in denen es um Organisationsentwicklung und Stärkung der kleinbäuerlichen Basis in einem der östlichen Distrikte Zimbabwes geht. Das Reizwort ‚Lenkung‘ hatte bei mir damals sofort negative Assoziationen hervorgerufen: Beeinflussung, Manipulation. Aber – und wohl aus diesem Grunde hat sich das Zitat in meiner Erinnerung festgesetzt – so ganz einfach war die Meinung eines der dienstältesten Köpfe des Landes auf Distriktebene nicht abzutun.

Immer wieder hatten wir auch in unserem ‚Grassroots‘- Verein *TSURO* die Erfahrung machen müssen, dass Demokratie nicht immer die ‚besten‘ Resultate hervorbrachte. Was ein gutes Resultat ist, wird offensichtlich von verschiedenen Akteuren, verschiedenen Wählerschichten und Interessengruppen höchst unterschiedlich bewertet. Ein guter Wahlausgang bei den Vereinswahlen wäre für manche ein Vorstandsmitglied mit hohem Organisationstalent, für andere eine Vertreterin des eigenen Dorfes oder Familienclans, für wieder andere ein Unterstützer einer bestimmten politischen Richtung oder eine Person, die Geldgebern sympathisch wäre.

Die Zivilgesellschaft, auch auf dem Lande, ist komplex und heterogen. Dazu gehören einheimische Nichtregierungsorganisationen, private Träger, gemeindebasierte Clubs, Stiftungen und Vereine, kirchliche Institutionen.



Ausführlicher Planungsworkshop der *TSURO DzeChimanimani Association*. In der Basisorganisation sind alle Gemeinden des Landkreises vertreten. Es geht um einen Entwicklungsplan für den Chimanimani-Distrikt, in dem 150.000 Menschen leben.

Politische Parteien und Stiftungen des In- und Auslandes werden meist ausgeklammert, selbst wenn sie nicht in staatlichen Institutionen vertreten sind. Wo aber sind die *Traditional Leaders* anzusiedeln, deren Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche gesetzlich geregelt sind und für die das *Ministry of Local Government* zuständig ist? Und das, obwohl die traditionelle Gerichtsbarkeit auch oft in Konkurrenz und im Konflikt zu staatlicher Gesetzgebung steht. Der Begriff Zivilgesellschaft wird im öffentlichen Diskurs mehr in städtischen als in ländlichen Gebieten verwandt. Auf dem Lande ist die Identität der Einwohner immer noch stark durch Stammeszugehörigkeit geprägt. Zwar wächst der staatliche Einfluss – aber nur langsam. Manche Bürgerrechte (wie das allgemeine Wahlrecht) gibt es erst seit 1980. Einige Bürgerpflichten (wie Steuerzahlungen) sind im informellen Sektor und im ländlichen Bereich kaum umzusetzen. Da der staatliche Einfluss auf dem Lande also ohnehin begrenzt ist, besteht auch weniger Bedarf an zivilgesellschaftlichem Einfluss als Korrektiv staatlicher Macht.

Zu Beginn des Jahres 2007, wie alle drei Jahre, wählten die *TSURO*-Mitglieder ihre Vertreter auf Dorf-, Bezirks- und Distriktebene. So steht es in der Satzung, die seit nunmehr drei Jahren der Regierung zur Registrierung vorliegt. Im ersten Anlauf war sie abgelehnt worden. Das Berufungsverfahren läuft vor dem Hintergrund einer sich im Umbruch befindlichen Gesetzeslage. Der Entwurf des neuen, von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren als repressiv eingeschätzten Gesetzes zur Regelung der Operationsbedingungen für Nichtregierungsorganisationen ist noch immer nicht rechtskräftig.

Derweil arbeitet der Verein tatkräftig in der Grauzone weiter und verfeinert die Wahlmodalitäten von Wahl zu Wahl; die Satzung ist auch in die lokale Shona-Sprache übersetzt worden. Im Kreuzfeuer der politischen Polarisierung zu Anfang des Jahrtausends hatte *TSURO* gelernt, sehr sorgfältig auf die Wahlregeln zu achten. In jedem Dorf wählen die Mitglieder der *TSURO-Village-Groups*, die ihren Jahresbeitrag gezahlt haben, ein *TSURO-Village-Committee*, das aus sieben Mitgliedern besteht. Nur diese sieben

dürfen dann bei der nächsten Wahlrunde an den Bezirkswahlen teilnehmen. Der Vorstand wird dann bei der Jahreshauptversammlung aus den gewählten *Ward*-Vorsitzenden zusammengesetzt. Dort werden auch die einzelnen Vorstandspositionen per Wahl besetzt. Die Wahl ist geheim. Gepflogenheiten wie Abstimmung per Handzeichen oder Aufstellung hinter dem Kandidaten der Wahl haben bei *TSURO* keine Chance. Sehr sorgfältig wird bei jedem Wahlgang geprüft, ob der als Wahlurne verwendete Karton oder Korb leer ist, ob die Zahl der abgegebenen Wahlzettel mit der Zahl der registrierten Wähler übereinstimmt, ob Wähler oder Wählerinnen, die nicht lesen und schreiben können, von wirklich unabhängigen Beobachtern unterstützt werden, ob schließlich bei der Auszählung alles mit rechten Dingen zugeht.

Ein Beispiel: Die Wahlen in Gwindingwe. Der Bezirk besteht aus zwei Teilen, die verkehrsmäßig fast gar nicht aneinander angebunden sind. Wir holen die Wahlberechtigten der fünf Dörfer aus Gwindingwe B um 8.30 mit dem Klein-LKW ab und fahren mit ihnen zur Wahl nach Gwindingwe A. Um 10.00 Uhr setzt in Rusitu der Regen ein, was der guten Stimmung und den Gesängen der etwa vierzig Passagiere auf der Ladefläche keinen Abbruch tut. Aber der Fahrer muss seine ganzen Fahrkünste aufbieten, um ein Abgleiten des LKWs auf der steilen, glatten Lehmstraße zu verhindern. Um 11.00 Uhr kommen wir an dem grasbedeckten Versammlungsraum an. Die Ortsansässigen haben schon gekocht. Eine Muchongoyo-Tanzgruppe erwartet die wahlberechtigten Gäste. Nach drei Stunden steht das Ergebnis fest. Die bisherige Vorsitzende hat den Herausforderer mit einer Stimme Unterschied knapp geschlagen. Alle anderen Komiteemitglieder sind neu. Es sind drei Frauen und vier Männer, zwei Mitglieder aus Gwindingwe B und fünf Mitglieder aus Gwindingwe A. Es sind Unterstützer aller politischen Parteien dabei, wie mir erklärt wird. Die Demokratie hatte ein ausgewogenes Resultat hervorgebracht. Wer sich mit Demokratieförderung befasst, weiß, dass Demokratie mehr



TSURO unterstützt die Bewohner des Chimanimani-Distrikts dabei, kleine Gärten und Felder ressourcenschonend zu bewirtschaften. Das Projekt hilft Bäuerinnen und Bauern ihre Ernteerträge zu stabilisieren und damit ihre Ernährungs- und Einkommenssituation zu verbessern.

ist als Wahlen. Das Volk soll herrschen. Oder wenn es schon nicht richtig herrschen kann, dann soll es wenigstens an der Herrschaft teilnehmen oder wie wir heutzutage sagen, ‚partizipieren‘, Teil des Prozesses sein. Regeln für sich selbst definieren und sich danach möglichst daran halten. Die Fahnen der Transparenz und Toleranz auch dann hochhalten, wenn es „ans Eingemachte“ geht. Transparenz steht gegenwärtig in Zimbabwe nicht sehr hoch im Kurs. Das von Polarisierung, Repression und Misstrauen gekennzeichnete politische Klima der vergangenen Jahre ermöglichte auch manchen zivilgesellschaftlichen Akteuren transparente Vorgehensweisen weniger deutlich zu verfolgen als erforderlich. Insbesondere der NRO-Bereich rückte durch die Devisenknappheit weite Teile der einheimischen Oberschicht stärker ins Zentrum der ökonomischen Macht. Während NRO berechnete Forderungen nach mehr staatlicher Transparenz erhoben, wurden sie oft in ihren Beziehungen zu den ‚Zielgruppen‘, den ländlichen Gemeinden an der Basis, mit ähnlichen Forderungen von unten konfrontiert. In der Programmausrichtung auf die Bedürfnisse an der Basis wurden häufig Kompromisse zugunsten externer Vorgaben der Geldgeber gemacht. Manche Geldgeber benutzten zivilgesellschaftliche Akteure, um staatliche Macht einzuschränken und politische Veränderung zu unterstützen. In Zeiten politischer Krisen ist die Zivilgesellschaft mehr denn je gefor-

dert, durch eine Orientierung an Werten wie Transparenz, Toleranz und Stärkung von Basisdemokratie zum inneren Frieden und Interessenausgleich beizutragen. Im ländlichen Bereich ist es dabei wichtig, zu diesem Themenkreis den offenen Dialog unterschiedlicher Akteure auch mit staatlichen Beratungsstellen auf lokaler Ebene zu fördern, deren Auftrag die Verbesserung ländlicher Lebensbedingungen ist. „Aber wie kann man denn bei diesem Wahlverfahren sicherstellen, dass kein unerwünschtes Resultat herauskommt?“, hörte ich einen Teilnehmer der *TSURO*-Jahreshauptversammlung einen anderen fragen. Die Antwort: „Kann man nicht, aber zumindest hatten alle die Chance, mitzuentscheiden. Und deshalb werden sie vielleicht mehr Verantwortung übernehmen!“

ULLI WESTERMANN lebt mit seiner Familie seit über zwei Jahrzehnten in Zimbabwe. Seit 2006 ist er Kooperant des Weltfriedensdienstes.

Ein vom WFD unterstütztes Projekt

Ernährung sichern – Armut bekämpfen

Bei dem Projekt, das von der Partnerorganisation *TSURO* durchgeführt wird, werden die BewohnerInnen des Chimanimani-Distrikts unter anderem dabei unterstützt, kleine Gärten und Felder ressourcenschonend zu bewirtschaften.

Die Bevölkerung Zimbabwes ist auf Solidarität und Hilfe von außen angewiesen.

Stichwort: **Ökofonds**

Das staatsbürgerliche Bewusstsein wächst

Zivilgesellschaft in Guinea

Lamine Mamadou Bah

Seit 1993 organisiert Guinea Mehrparteien-Wahlen. Aber keine dieser Wahlen konnte bislang einen transparenten und glaubwürdigen Wahlprozess gewährleisten. Die Organisation der Wahlen (Präsidenten-, Parlaments-, Präfektur- und kommunale Wahlen) fällt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung und diese wird vom Präsidenten Conté und seinen Vertrauten dominiert.



Mit der Revision der Verfassung und der Organisation von Präsidentschafts- und Parlamentschaftswahlen im Jahre 2003 ist der Dialog zwischen Staat und politischen Parteien abgerissen. Aus diesen Wahlen sind zwar die heutigen republikanischen Institutionen hervorgegangen und mit der Einrichtung einer Nationalversammlung, eines Obersten Gerichtshofs und eines Wirtschafts- und Sozialrates die in der Verfassung vorgesehenen Institutionen etabliert. Doch die Gewaltenteilung blieb bis heute formaler Natur, denn diese Institutionen verfügen über keinerlei Glaubwürdigkeit oder Legitimität bei den politischen Akteuren und den guineischen Bürgern.

Im Dezember 2005 wurde neben dem für die Organisation von Wahlen verantwortlichen Ministerium eine *Commission Électorale Nationale Autonome (CENA)* eingerichtet, um die Präfektur- und Kommunalwahlen zu organisieren. In der CENA war auch die Zivilgesellschaft vertreten. Ihren Gliederungen standen Mitglieder des *Conseil National des Organisations de la Société Civile Guinéenne (CNOSCG)* vor, um den Ablauf der Wahlen zu überwachen.

Diese Neuerung war das Ergebnis der Fürsprache und des Drucks seitens des CNOSCG. Sie stieß allerdings schnell an ihre Grenzen angesichts der Allmacht der Territorialverwaltung (Gouverneure, Präfekte, Unter-Präfekte und Verantwortliche der technischen Dienste), die die Kandidaten der Re-

gierungspartei unterstützen und das Prinzip der Unparteilichkeit und Neutralität nicht respektierten.

Vor dem Hintergrund dieser anhaltenden Vertrauenskrise zwischen Regierung und Bürgern einerseits und der chaotischen Verwaltung des Landes andererseits, gerät das Land in eine immer tiefere politische, wirtschaftliche und soziale Krise, die es in dieser Form noch nicht gab. Das lässt sich an einigen Punkten deutlich belegen.

Am 4. April 2006 wurde eine Verordnung des Präsidenten, die eine weitgehende Regierungsumbildung vorsah, über die nationalen Radioanstalten verbreitet. Nur einen Tag später, am 5. April, wurde sie mittels einer weiteren Verordnung des Präsidenten wieder annulliert und in deren Folge der Premierminister entlassen. Während sich an der Spitze des Staates die Regierungsmannschaft ständig selbst widerspricht, lebt die Bevölkerung in bitterster Armut. Laut dem UNO-Entwicklungsprogramm ist das Entwicklungsniveau Guineas eines der niedrigsten weltweit. Zudem vergiftet die Korruption die gesamte Gesellschaft; im September 2006 galt Guinea als das korrupteste Land Afri-

kas, weltweit nimmt es den vierten Platz ein. In diesem Kontext sind die Ereignisse im Januar und Februar 2007 zu sehen. Im Rahmen des Streiks des guineischen Gewerkschaftsverbundes *Inter Central Syndical* haben sich das gesamte Land, alle Dörfer, alle Städte erhoben und einen Wandel gefordert. Die darauf folgende Repression war brutal: mehr als 180 Tote und 1000 Verletzte. Wie konnte es dazu kommen?

Seit 1958 unabhängig von der französischen Kolonialherrschaft, hat Guinea nicht viel Glück gehabt. Seit fünfzig Jahren hat das Land nur Diktaturen erlebt: die von Sékou Touré und von Lansana Conté. Der guineische Staat hat seinen Bürgern nie eine menschenwürdige soziale Grundversorgung bieten können. Die Menschenrechtssituation ist fürchterlich: Konzentrations- und Vernichtungslager unter Sékou Touré; Korruption, Diebstahl, Brutalitäten unter Lansana Conté. Das Ergebnis: trotz der Vielzahl natürlicher Ressourcen gehören die Guineer nach fünfzig Jahren Unabhängigkeit zu den verzweifeltsten Menschen dieser Welt. Um etwas zu verändern, um die Dinge in die eigene Hand zu nehmen und

die Leiden der Bevölkerung abzumildern, hat sich die Zivilgesellschaft organisiert und Programme zur staatsbürgerlichen Erziehung entwickelt. Die *Organisation Guinéenne pour la Défense des Droits de l'Homme et du Citoyen* – Guineische Organisation für die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (OGDH) ist Mitglied des

CNOSCG und hat seit 1990 durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, durch Lobbying und Fürsprache, durch Erklärungen, Anklagen und Proteste dazu beigetragen, staatsbürgerliches Bewusstsein zu wecken und auszubilden. Der von den Guineern organisierte Protest nimmt an Stärke und Ausmaß zu. Die Proteste sind das Ergebnis der

gemeinsamen Aktivitäten aller Akteure der guineischen Zivilgesellschaft. Dabei kommen Publikationen, die neuerdings geförderten Freien Radiostationen, das Internet – und sogar das Handy zum Einsatz.

LAMINE MAMADOU BAH ist Journalist und Projektleiter bei OGDH. – Aus dem Französischen übersetzt von Lorraine Bluche.

Vernetzung der Zivilgesellschaft

Ein neues Projekt des Weltfriedensdienstes in Guinea

Obwohl das staatsbürgerliche Bewusstsein in Guinea wächst und die Zivilgesellschaft sich immer öfter und nachdrücklicher zu Wort meldet, bedarf es noch vieler Anstrengungen, um in dem westafrikanischen Land tatsächlich einen demokratischen Wandel herbeizuführen. Der Weltfriedensdienst unterstützt deshalb im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes ein Projekt zur Stärkung und Vernetzung der Zivilgesellschaft, um so die demokratische Entwicklung zu fördern und gewaltsamen Initiativen zuvor zu kommen.



Die politische Pattsituation zwischen verschiedenen Machtgruppen, eine schlechte Regierungsführung und die langjährige Krankheit des Präsidenten haben Guinea in eine schwere wirtschaftliche und politische Krise geführt. Ein Staatsstreich durch Partikularinteressen ist derzeit ebenso möglich wie ein Militärregime oder eine schrittweise Demokratisierung unter Duldung der Armee. Allerdings herrscht in Guinea tiefes Misstrauen der Menschen, ein Erbe der jahrzehntelangen Gewaltherrschaft. Dieses Misstrauen, das alle Bereiche durchzieht, hindert auch die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen daran, eine wirksame Koalition zu bilden.

Das Projekt der Partnerorganisation OGDH – *Organisation Guinéenne pour la Défense des Droits de l'Homme et du Citoyen* wendet sich an Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft – Menschenrechtler, traditionelle Kommunikatoren, Aktivisten verschiedener NRO, religiöse Führer, Journalisten, Akade-

miker – aber auch an Multiplikatoren aus dem Staatsapparat einschließlich der Sicherheitskräfte. Dabei kann das Projekt an vieles anknüpfen: Die Zivilgesellschaft beginnt sich zu vernetzen, eine verhältnismäßig freie Presse- und Rundfunklandschaft entsteht, viele Guineer befürworten Reformen, auch innerhalb der Streitkräfte gibt es Strömungen, die sich für Dialog und friedliche Lösungen einsetzen. Nicht zuletzt gibt es, trotz aller Spaltungen, ein gemeinsames Nationalbewusstsein und bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung einen ausgeprägten Wunsch nach gewaltfreien Lösungen. Der konzeptionelle Impuls für einen friedlichen Wandel zu einer demokratischen politischen Kultur kann in der derzeitigen Situation nur aus der Zivilgesellschaft kommen. Bisher konnte sie diese Rolle allerdings nur unzureichend wahrnehmen, weil auch sie die gesellschaftlichen Brüche und Widersprüche spiegelt. Zwar haben sich verschiedene Organisationen bereits zu unterschiedlichen „Foren“ zusam-

mengetan, aber noch herrschen Misstrauen, Macht- und Konkurrenzkämpfe vor, die einer dauerhaften und wirksamen Vernetzung entgegenstehen. Vielmehr sind es Zusammenschlüsse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, so dass die politische Wirkung erheblich eingeschränkt ist. Deshalb ist es vor allem wichtig, Vertrauen aufzubauen und Raum für einen Dialog zu schaffen, bei dem es nicht nur um unmittelbare Machtinteressen geht, in dem auch verhandelt und diskutiert werden kann.

Wichtigstes Ziel des Projektes wird es sein, eine gesellschaftspolitische Arbeitsgruppe zu bilden, in der Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammenkommen, um sich eine stabile Vertrauensbasis zu erarbeiten, ihre unterschiedlichen Sichtweisen zu verhandeln und schließlich gemeinsame tragfähige politische Positionen zu entwickeln. In einem zweiten Schritt sollte diese Arbeitsgruppe dann an die Öffentlichkeit treten und öffentliche Foren organisieren.

Von Brandenburg bis Thüringen

Entwicklungspolitische Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern

Andreas Rosen

Mit dem Mauerfall, den implodierten zentralistischen Staaten in Osteuropa, aber auch mit dem Ende diverser Diktaturen in Asien und Lateinamerika bzw. rassistischer Regime in Afrika erhält die Idee der Zivilgesellschaft international Aufwind. Der Gegensatz von Staat und ziviler Gesellschaft rückt stärker ins öffentliche Interesse. Im internationalen und entwicklungspolitischen Diskurs erfahren die sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) als Akteure eine beachtliche Aufwertung und Anerkennung. Zivilgesellschaft bedeutet zu dieser Zeit vieles: Gegengewicht zu institutionalisierter Macht, Gegenmodell zu Apparaten von Staat und Parteien oder ganz einfach die Herstellung von Gegenöffentlichkeit¹.



Mit einer Straßentheateraktion in der Hansestadt Rostock informieren Mitglieder des *Eine-Welt-Landesnetzwerks* über die Millenniums-Entwicklungsziele.

Auch die Gründung der Stiftung Nord-Süd-Brücken bleibt von diesen Debatten nicht unbeeinflusst. Die Stiftung selbst ist zwar eine „Stiftung bürgerlichen Rechts“, die sich juristisch der staatlichen Aufsicht (durch die Berliner Justizbehörde) unterwirft und in deren Stiftungsgremien neben NRO-Aktiven und unabhängigen ExpertInnen auch VertreterInnen der ostdeutschen Landesregierungen sitzen. Stiftungs- und Förderzweck sind jedoch deutlich zivilgesellschaftlich ausgerichtet. So ist die Stiftung dem „Grundsatz der Entfaltung der Trägervielfalt“ verpflichtet, und der erste Geschäftsführer der Stiftung verwies einmal darauf, dass die Abkürzung NSB durchaus eine absichtsvolle Nähe zu den ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ darstellen sollte.²

Schaut man nun, knapp 20 Jahre nach der Vereinigung und knapp 15 Jahre nach der Gründung der Stiftung Nord-Süd-Brücken, auf die zivilgesellschaftliche Verfasstheit in den neuen Bundesländern, so lässt sich aus der Perspektive einer entwicklungspolitischen Förderinstitution vorübergehend folgendes Bild beschreiben:

Zivilgesellschaft in Hohenmölsen und Haina

Von Greifswald bis Chemnitz, von Görlitz bis Halberstadt, es gibt ein zivilgesellschaftliches Feld in den neuen Bundesländern, in dem rund 250 eingetragene Vereine und Initiativen bzw. Weltläden und Aktionsgruppen sowie Netzwerke arbeiten. Seit ihrer Gründung 1994 hat die Stiftung Nord-Süd-Brücken diese Szene mit über 11 Mio. Euro für rund 1.650 Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gefördert. Da sind Zentren wie Berlin, Leipzig und Dresden oder Orte wie Rostock, Potsdam und Jena mit einer jeweils relativ hohen Dichte entwicklungspolitischer Aktivitäten, aber es fehlen auch nicht die Peripherien wie Hohenmölsen, Haina und Flecken Zechlin, in denen einige wenige AktivistInnen die zivilgesellschaftliche Fahne in Form eines Weltladens, einer vitalen Partnerschaft mit einer Indigenenorganisation in Bolivien oder antirassi-

stischer Projektstage an Schulen hochhalten. Die zivilgesellschaftliche Szene lässt sich aber auch strukturell beschreiben: Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg sowie in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen gibt es funktionierende und handelnde entwicklungspolitische Landesnetzwerke mit insgesamt mehr als 150 Mitgliedsorganisationen. In Sachsen-Anhalt und in Thüringen haben sich erst jüngst Landesnetzwerke konstituiert, in beiden Bundesländern ist die entwicklungspolitische Szene deutlich schwächer und dünner ausgeprägt.

Gegeninformation durch Bildungsarbeit?

Betrachtet man schließlich die ostdeutsche entwicklungspolitische Szene im Hinblick auf die Funktionen von Zivilgesellschaft, so kann man anführen, dass auch durch schulische Bildungsarbeit, durch öffentliche Informationsveranstaltungen und Aktionen, durch Kampagnen und Medienarbeit im Bereich „Entwicklungspolitik“ Gegenöffentlichkeit und Gegengewicht zu

staatlichen Institutionen und Positionen hergestellt wird. So finden zum Beispiel – unterschiedlich akzentuiert – in allen ostdeutschen Bundesländern einmal im Jahr im Herbst entwicklungs- politische Informations- und Bildungst- tage (BITS) statt. Allein in Sachsen führen rund 50 Kooperationspartner 180 Veranstaltungen mit 5.500 Teil- nehmerInnen durch. Auch förderte die Stiftung im zurückliegenden Jahr vier unterschiedliche Filmfestivals zu Menschenrechten, Frauenrechten und Globalisierung, die allesamt der An- spruch eint, Gegenöffentlichkeit herzu- stellen und Filme zu zeigen, die an- sonsten nicht den Weg in die Kinos oder Fernsehprogramme fänden. Ein deutlicher zivilgesellschaftlicher Fin- gerzeig ist zudem, dass die Stiftung im Bereich der entwicklungspoliti- schen Bildungsarbeit viele Anträge erhält, in denen explizit hervorgehoben wird, dass die geplanten Maßnahmen auch demokratie- bzw. toleranzfördernd sind bzw. „völkerverständigend“ wirken sollen. Es gibt geförderte Vereine in Quedlinburg, Hoyerswerda, Torgau und Eberswalde, deren entwicklungspolitische Arbeit sich per se auch immer als antirassistisch versteht.

Prekäre Rahmenbedingungen für die NRO im Osten

Es ließen sich noch weitere Umschrei- bungen der Existenz einer entwick- lungspolitischen Zivilgesellschaft an- führen. Aufschlussreicher ist es aber, die Rahmenbedingungen dieser zivil- gesellschaftlichen Existenzen kurz zu beleuchten: Der wohl augenfälligste Unterschied zu der (letztendlich nicht vergleichbaren) Szene in den alten Bundesländern ist die absolut geringe Anzahl hauptamtlich beschäftigter Personen in den ostdeutschen Verei- nen. Zählt man – von Kap Arkona bis zum Fichtelberg – alle bezahlten Kräfte in entwicklungspolitischen NRO zu- sammen, so ließen sich diese vermut- lich komfortabel im Besprechungs- raum von Brot für die Welt oder der Deutschen Welthungerhilfe unterbrin- gen. Es gibt in den neuen Bundeslän- dern keine großen Organisationen. Die größten unter ihnen, z. B. das INKOTA-netzwerk, der Solidaritäts- dienst-International oder das Ökohaus Rostock sind immer noch deutlich

kleiner als der eigentlich schon recht kleine Weltfriedensdienst e.V. Für die Engagierten in den Vereinen und Gruppen wie auch für die von ihnen anvisierten Zielgruppen gilt, was seit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft bekannt ist: Politisches Handeln und Einsatz für die Bürger- und Menschenrechte setzen ein Min- destmaß an materieller Absicherung voraus. Angewandt auf die entwick- lungspolitische Realität in den neuen Bundesländern bedeutet dies u. a., dass es schwierig ist, Menschen für die Belange der Zweidrittelwelt zu in- teressieren und zu mobilisieren, wenn die Angesprochenen selbst unmittel- bare Existenzsorgen haben, wenn auf- geschlossene und ausgebildete Leute abwandern bzw. wenn Landesregie- rungen für entwicklungspolitische Ar- beit sprichwörtlich keinen Pfennig übrig haben und die jährlichen Durch- schnittsspenden in den östlichen Bundesländern lediglich ein Drittel dessen betragen, was in westlichen Bundesländern beim Spendenkuchen verteilt wird. Die finanzielle, personelle und institutionelle Basis der ostdeut- schen entwicklungspolitischen Szene ist hauchdünn. Und dafür ist es wirk- lich beeindruckend, was mit derart wenigen Ressourcen bzw. mit derart

viel ehrenamtlichem, also unbezahl- tem Engagement im Jahr auf die Beine gestellt wird!

Abgekoppelt und unsichtbar – entwicklungspolitisches West-Ost-Gefälle

Die ostdeutschen Vereine sind von den bundesdeutschen entwicklungs- politischen Strukturen nicht nur mate- riell recht abgekoppelt. Auch politisch und institutionell gibt es ein massives West-Ost-Gefälle. Beim Verband Ent- wicklungspolitik deutscher Nichtregie- rungsorganisationen (VENRO) gibt es unter den rund 100 Mitgliedsorganisa- tionen lediglich sechs Mitglieder aus den neuen Bundesländern (inklusive der Stiftung Nord-Süd-Brücken). In den übergreifenden entwicklungspoli- tischen Diskursen und Debatten spie- len Beiträge aus den neuen Bundes- ländern keinerlei Rolle. Lediglich das INKOTA-netzwerk e.V. hat sich über die Jahre hinweg und nicht zuletzt auf- grund seiner sehr guten Kampagnen- arbeit ein bundesweites Standing und entsprechende Anerkennung aufge- baut. Lediglich die Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke (agl) bietet einen institutionalisierten Rahmen, in dem auch die ostdeutschen Landesnetz-



Unter dem Motto „Fairkleiden – Wissenswertes zu unserer Kleidung“ veranstaltete das Inkota-netzwerk e.V. eine Informations-Tour durch acht ostdeutsche Städte.



Für die Produktion des begehrten Biosprits werden Mais, Zuckerrohr und Soja verwendet. Aktion des INKOTA-netzwerk e.V. im April 2008 in Berlin-Kreuzberg.

werke als gleichberechtigte Akteure auftreten und handeln. In vielen anderen entwicklungspolitischen Situationen und Fragen ist es neben den Landesnetzwerken (und den ostdeutschen GruppenberaterInnen für den Bereich Fairer Handel) vor allem die Stiftung Nord-Süd-Brücken, die die vermeintlichen oder tatsächlichen „kollektiven“ Interessen der ostdeutschen Vereine zu vertreten versucht.

Grenzen der freundlichen Zivilgesellschaft

Natürlich prägen die genannten Rahmenbedingungen auch die Intensität und Qualität der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Arbeit ostdeutscher Vereine und Gruppen. Überspitzt formuliert gibt es eine starke Fokussierung auf „Ich und mein kleines Projekt“ – sei es nun die konkrete Unterstützung eines Straßenkinderprojektes in Mosambik oder der schulische Projekttag zum Thema Wasser. Stets wandert nahezu die gesamte Energie in die Geldbeschaffung für Sachkosten und Honorarmittel bzw. in die prekäre Eigensicherung. Darüber hinaus bleibt den meisten Akteuren kaum Zeit und Raum, nach

links oder rechts zu schauen, übergreifende entwicklungspolitische Fragestellungen zu diskutieren oder entwicklungspolitisch-zivilgesellschaftlich handelnde Akteure zu werden. Und meine Vermutung ist: Viele wollen das auch gar nicht. Solcherlei Ansätze, die z. B. fundamental in Opposition zu staatlichen oder internationalen Institutionen gehen, entsprechen heute nicht mehr dem Selbstverständnis der meisten in der Entwicklungszusammenarbeit und Solidaritätsarbeit Engagierten.³ An diesem Punkt kommt es meines Erachtens hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Qualität dann auch wieder zu einer Annäherung zwischen der West- und Ost-Szene – trotz aller materiellen und kulturellen Unterschiedlichkeit: Es ist eben hüben wie drüben eine „freundliche Zivilgesellschaft“⁴, die nicht mal mehr den einstigen recht moderaten zivilgesellschaftlichen Anspruch einlöst, Gegengewicht zur institutionalisierten Macht zu sein. Im entwicklungspolitischen Feld sind Staat und zivile Gesellschaft schon lange kein Gegensatz mehr. Vielmehr ist man in der Mitte zusammengerückt, hat sich eingekuschelt, wechselt fließend die Seiten und arbeitet sehr effizient und konstruktiv zusammen.

Der zivile Ungehorsam der NRO beschränkt sich heute weitgehend auf symbolische Opposition und effektive oder ästhetisierte Protestformen. Meines Erachtens handelt es sich heute bei den NRO in erster Linie um *Nicht-Revoltierende Organisationen*, die nach der Devise *niemals-radikal-oder-oppositionell* arbeiten und handeln.

ANDREAS ROSEN arbeitet als Projektreferent bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

- 1 Reinhard Kößler und Henning Melber, Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt/M, 1993
- 2 Hans-Joachim Döring in „Noch die internationale Solidarität, Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik“, BMZ, DSE und Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin 2000
- 3 In der Aufarbeitung des Entwicklungspolitischen Runden Tisches (ERT) zeigt sich hingegen, dass es Anfang der 90er Jahre eine sehr artikulierte „anti-staatliche“ und bürgerbewegte entwicklungspolitische Fraktion gegeben hat. Manfred Belle, Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinigten Deutschland, Egelsbach 1996, Seite 21 ff. bzw. Interviews mit Dr. Walter Bindemann und Hans-Joachim Döring, Seite 124 ff.
- 4 Die Polemik „Die freundliche Zivilgesellschaft“ stammt ursprünglich aus einem antinationalistischen/antirassistischen Diskurs, Redaktion diskus (Hg.), Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Berlin/Amsterdam, 1990

Dynamisch, bunt und entwicklungsbereit

Entwicklungspolitische Initiativen in Leipzig

Sabine Maruschke

Die Messe begründete den Ruf Leipzigs als weltoffene Stadt. In realsozialistischen Zeiten lernte jeder ausländische Student und jede Studentin am hiesigen Herder-Institut zunächst Deutsch, unter ihnen die heutige chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet.

So mag es nicht verwundern, dass auch heutzutage in Leipzig die Palette der Zivilgesellschaft, die sich für Länder des Südens engagiert, breit ist. Was Vielfalt und Umfang betrifft, ist das, mit Ausnahme von Berlin, sicher einzigartig in Ostdeutschland, damit jedoch beispielhaft für andere Städte und Gemeinden in den fünf östlichen Bundesländern.

Da sind zum einen einige Kirchengemeinden, die Partnerschaften in den so genannten Entwicklungsländern unterhalten. Die evangelische Nathanaelgemeinde beispielsweise kam über ihre Städtepartnerschaft mit einer Gemeinde in der Nähe Hannovers zu einer Partnergemeinde im nicaraguanischen Chichigalpa und unterstützt dort die Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen. Das Leipziger Missionswerk ist in verschiedenen Ländern, darunter Papua-Neuguinea,

aktiv. Die Arbeitsstelle ‚Eine Welt‘ in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens trägt Themen wie ‚Entschuldung‘ oder ‚Saubere Kleidung‘ in die kirchlichen Gemeinden und Gremien.

Außerhalb der Kirchen dominiert die Struktur des eingetragenen Vereins. Christliche Wurzeln und Motivation wie bei unserer Mittelamerika-Initiative (und auch dort nicht bei allen) sind eher ein Relikt. Der Bezug etwa auf die Theologie der Befreiung, deren Sichtweise den ostdeutschen Basisgruppen – die einst unter dem schützenden Dach der evangelischen Kirche agierten – Impulse für eine Erneuerung hin zu einem menschlicheren Sozialismus gab, kommt kaum noch vor. Den 1980 in San Salvador ermordeten Erzbischof Oscar Romero, Märtyrer und Symbol für eine überzeugende Kirche, lassen nur wir per CD bei den Friedensgebeten in der Nikolaikirche zu Wort kommen.

Wenige der nach der Wende gegründeten entwicklungspolitischen Vereine haben sich über 20 Jahre gehalten. Grund für die Kurzlebigkeit dürften die nach 1990 einsetzenden gravierenden gesellschaftlichen und persönlichen Umorientierungen sein. Eine sehr übersichtliche Zahl weist – neben den Projektpartnerschaften – bildungspolitische Ansätze für die hiesige Jugend im Hinblick auf die Verantwortung des Nordens auf. Zu diesen wenigen gehört der ‚Eine Welt e.V. Leipzig‘, der auf jahrelang gewachsene professionelle Strukturen verweisen kann und wegen seiner kontinuierlichen Bildungsarbeit unter den (zumindest östlichen) Eine-Welt-Läden als Paradebeispiel gilt.

In den letzten Jahren haben sich neue Vereine gegründet, die meist auf ein konkretes Land ausgerichtet sind – etwa ‚Lebendiges Kongo e.V.‘ oder der ‚Forikolo e.V.‘, der eine Schul- und Modellfarm in Sierra Leone baut.

Leipzigs Migranten, die mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 6,3 Prozent unter den ostdeutschen Städten die Spitze bilden, unterstützen Projekte in ihren Heimatländern und nutzen dazu ebenfalls die Vereinsstruktur. Zu ihnen gehören die ‚ArgentinierInnen des Ser Humanos e.V.‘, die den Wohnungsbau in Córdoba vorantreiben. Daneben haben sich in Leipzig inzwischen Arbeitsgruppen diverser bundesweiter Organisationen wie ‚TERRE DES FEMMES‘, ‚Oxfam‘, ‚terre des hommes‘ oder ‚peace brigades international‘ gegründet.



Der Verein *Ser Humanos e.V.* unterstützt Menschen in den Slums der argentinischen Stadt Córdoba und präsentierte im Januar 2008 ein großes Kunstfestival in Leipzig.

Über hauptamtliches Personal verfügen all diese Nichtregierungsorganisationen kaum, ehrenamtliches Engagement ist angesagt. Die finanzielle Decke ist dünn, gut gehende Unternehmen, vermögende Einzelspender und Erbschaften kommen im Osten nicht so häufig vor. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken mit ihrem relativ einfachen, nachvollziehbaren Antragsverfahren ist ein Fels in der Brandung. Die ostdeutsche „Geld-ist-nicht-alles-Mentalität“ hat bei allen Schwierigkeiten ihr Gutes – sie erhält uns ein gesundes Misstrauen gegenüber großzügig angelegten Ausgabeposten. Wir müssen einfallsreich sein und sparen – und global gesehen ist es vorteilhaft, wenn wir das können.

SABINE MARUSCHKE arbeitet in der Mittelamerika-Initiative Leipzig e.V.



Mitglieder des Eine Welt e.V. in Leipzig vor dem Weltladen, in dem es neben fair gehandelten Produkten auch eine kleine Bibliothek gibt.

WFD intern

Musikalische Verstärkung

Unter dem Motto „*VOICES: making music to show we care*“ rief ein musikalisch interessierter und sozial engagierter Freundeskreis aus Berlin im Jahr 2002 eine Benefiz-Konzertreihe ins Leben. Durch Reisen und Briefkontakte nach Namibia waren die Initiatoren mit der bedrückenden Aids-

Problematik in diesem Land konfrontiert worden; sie erlebten aber auch das große Engagement von Hilfsorganisationen, Familien und Freiwilligen. Und so entschieden sie sich: Diese Arbeit wollen wir unterstützen! Seitdem organisiert *Voices* jedes Jahr im November einen abwechslungsreichen Benefiz-Abend mit Klassik-, Jazz-, Gospel- und Schlagerinterpretationen mehrerer Vokalgruppen. Schirmherr ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Der Erlös wird an den Waisenkinder-Krisenfonds (*Orphans Emergency Fund OEF*) in

Windhoek, Namibia überwiesen. In den letzten Jahren konnte der Fonds mit insgesamt 25.000.- € unterstützt und damit sein langfristiges Fortbestehen gesichert werden. Der Fonds bietet Kindern in Notsituationen Soforthilfe – Nahrung, Kleidung, Decken, Unterkunft und Schulgeld – seit seiner Gründung konnten mehrere tausend Waisenkinder unterstützt werden. Die Gruppe *Voices* ist seit Ende 2007 eine Partnerschaftsgruppe des WFD, der sich sehr über die inhaltliche und musikalische Verstärkung freut.

„Den Ton formen, solange er feucht ist“

Seit nunmehr fünf Jahren unterstützt das Bonner Amos-Comenius-Gymnasium das senegalesische Projekt *ENDA-ProNat*, das sich die Verbreitung ökologischer Anbaumethoden zum Ziel gemacht hat. Die Bonner haben eine Projektpartnerschaft mit drei Schulen in Guédé übernommen, einem Dorf an der mauretanischen Grenze, im Flusstal des Senegal. Durch die Partnerschaft sollte die Umwelterziehung auch schon bei den Jüngsten gefördert werden. Unsere Kollegin, Katrin Steinitz, traf bei ihrem Projektbesuch im April die *ProNat*-Techniker, die Präsidenten der Bauernunions, ElternvertreterInnen

und engagierte LehrerInnen aus Guédé. Sie erzählten, dass es Bauern und Bäuerinnen gewesen seien, die die Idee entwickelt hätten, mit der Umweltbildung bereits an der Schule zu beginnen. „Man muss den Ton formen, solange er feucht ist“ – von diesem senegalesischen Sprichwort habe man sich leiten lassen.

Ermutigt durch die Unterstützung aus Bonn, hat eine Gruppe von LehrerInnen inzwischen eine Strategie zur Umwelterziehung an den drei Schulen des Dorfes entwickelt und mit der Umsetzung begonnen. Nach den bisherigen positiven Erfahrungen soll Umwelterziehung nun durch Kontakte mit der regionalen Schulverwaltung auf die gesamte Region ausgeweitet werden.

20 jähriges Jubiläum

Seit 20 Jahren unterstützt die Humpis-Schule in Ravensburg Partnerschaftsprojekte in Brasilien und Ghana. Die Idee zu der lang anhaltenden Partnerschaft stammt von dem ehemaligen Lehrer Josef Paillon. Seitdem ist viel geschehen. In den Favelas in und um Rio de Janeiro wurden mehrere Kindergärten aufgebaut, Gemeinde- und Berufsbildungszentren unterstützt. Neben der Kindertagesstätte ‚Serpe Saude‘ unterstützt die Humpis-Schule seit 2002 auch ein Berufsbildungszentrum in Ghana.

Fast 235.000.- € wurden in den vergangenen 20 Jahren gesammelt – der ‚Rio-Tag‘ ist inzwischen ein fester Bestandteil des Schuljahres und ein Markenzeichen geworden. Im Jubiläumsjahr 2007/08 wurde eine ganze Woche mit Veranstaltungen unter dem Motto „Globalisierung in der Arbeitswelt“ organisiert. In vielen Klassen wurden Projekte durchgeführt und Vorträge gehalten, in denen SchülerInnen und LehrerInnen über ihre Erfahrungen und Eindrücke aus Aufhalten vor Ort berichteten. Es gab Ausstellungen, Workshops, Verkaufsstände und auch externe Referenten wurden eingeladen, unter ihnen auch Lutz Taufer, Kooperant des Weltfriedensdienstes, der aus dem Partnerprojekt in Brasilien berichtete. Anschließend gab es einen Auftritt einer lokalen Capoeira-Gruppe – und schließlich wurde gefeiert.

Der Weltfriedensdienst gratuliert sehr herzlich zum runden Jubiläum.



Praktischer Unterricht – Umwelterziehung an Schulen in Guédé.

Kalender für Guinea-Bissau

Schon länger beschäftigt sich die mittlerweile 10. Klasse der Schule am Winterbach in Pennigsehl mit dem westafrikanischen Guinea-Bissau. Um den Kindern in der entlegenen Region Boé eine Schulbildung zu ermöglichen,



Praktischer Unterricht – Umwelterziehung an Schulen in Guédé.

wurde eine Partnerschaftsgruppe aufgebaut, die das Projekt regelmäßig unterstützt. Gerade wurde ein Kalender fertig gestellt, mit Fotos von Kindern aus Guinea-Bissau. Drei Euro pro Kalender kommen der Dorfschule in Guinea-Bissau zugute. Wir bedanken uns bei den Schülerinnen und Schülern aus Pennigsehl für ihre Unterstützung.

Benefizkonzert für „Schüler helfen Schülern“



Bereits zum zweiten Mal haben Schülerinnen und Schüler der Weidigschule in Butzbach am Projekt „Schüler helfen Schülern“ teilgenommen. Diesmal wurde – neben vielen Informationen zu Afrika – ein Benefizkonzert organisiert. Fünf Bands spielten in der Alten Turnhalle Butzbach vor begeistertem Publikum. Am Ende des erfolgreichen Abends kam eine stolze Summe von über 550.- € zusammen, die zur Verbesserung der Lern- und Lebensbe-



dingungen der Schüler und Schülerinnen in der Region Boé in Guinea-Bissau eingesetzt werden. Den Schülerinnen und Schülern der Weidigschule einen herzlichen Dank.

Herzlichen Dank

Im Februar feierte Rainer Bruhn seinen 60. Geburtstag. Statt Blumen und Geschenke wünschte er sich von seinen Freunden Spenden für den Weltfriedensdienst. Fast 1.200.- € wurden zur Projektunterstützung überwiesen. Rainer Bruhn, dem wir nachträglich alles Beste zum Geburtstag wünschen, ist der Vater von Svenja Klostermann, die – als sie noch Svenja Bruhn hieß – Praktikantin beim Weltfriedensdienst war. Wir freuen uns sehr, dass dieses Praktikum der Beginn einer langen Freundschaft war und bedanken uns bei Vater und Tochter und allen Geburtstagsgästen sehr herzlich.

Ebenso herzlich bedanken wir uns auch bei den Inhaberinnen der Röntgenpraxis Jahr & Heinitz in Berlin. Anlässlich der Eröffnung ihrer Praxis in neuen Räumen baten sie die Gäste um Spenden für das Bildungsprojekt in Burkina Faso; 800.- € kamen dabei zusammen. Auch dieses Engagement verdanken wir einer ehemaligen Praktikantin. Josephine Heinitz war Schülerpraktikantin bei Work-for-Peace und hat ihre leider viel zu kurze Zeit beim Weltfriedensdienst offenbar in guter Erinnerung.

Neue Aufgaben in Tansania

Unser Kollege Sigi Schröder hat Ende März seine Position im Auslandsbereich der WFD-Geschäftsstelle verlassen, um für drei Jahre als Verwaltungschef in einem Gesundheitsprojekt in Tansania zu arbeiten. Als Sigi am 14. Februar 1999 in der Hedemannstraße antrat, waren dort die Männer noch keine bedrohte Spezies, trotzdem entschieden sich die KollegInnen damals gegen die weibliche Mitbewerberin. Es war eine gute Wahl. Sigi brachte nicht nur Vorerfahrungen als selbständiger Handwerker, Sozialwissenschaftler und politischer Aktivist ein; er kannte den WFD auch schon aus Vorstands- und Kooperationsperspektive und pflegte eine beeindruckende Vielzahl von „Außenkontakten“, die sich nicht in oberflächlichem Networking erschöpften. All das ermöglichte ihm, weit über den Tellerrand seines Kerngeschäfts hinaus zu schauen und immer wieder wichtige Beiträge für die Geschäftspolitik zu leisten. Dabei eckte er auch schon einmal an, aber auch wer seine Auffassung nicht teilte, konnte sehen, dass Sigis Interventionen stets seinem Verantwortungsgefühl für Verein und Programm entsprangen. Ich habe in den letzten Jahren immer wieder



Dritten davon vorgeschwärmt, wie gut wir im WFD bei allen Belastungen miteinander umgehen. Erst rückblickend wird mir klar, wie sehr dieser Eindruck auch durch den Kollegen im Büro nebenan geprägt war. Und hoffe wie viele hier, dass Sigis Weg ihn bald wieder zurück an unsere famose Straßenecke führt. **Hans Jörg Friedrich**

Die Querbrief-Redaktion schwärmt ebenfalls. Seit vielen Jahren hat Sigi Schröder den Querbrief entscheidend mitgeprägt. Als Mitglied der Redaktion, als Autor unzähliger Artikel. Seine fundierten entwicklungspolitischen Kenntnisse, seine Freude an kontroversen Themen, sein solidarisch-kritisches Urteil waren das Salz in der Suppe unserer anregenden Redaktionssitzungen. Wir hoffen doch sehr, dass er dem Querbrief nicht nur als treuer Leser, sondern hin und wieder auch als Autor gewogen bleibt.

Die Querbrief-Redaktion



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
A 9649 F



Hedemannstraße 14
10969 Berlin

Transparenzinitiative der Entwicklungszusammenarbeit (Auszug)

Im Rahmen einer Transparenzinitiative haben zahlreiche Spendenorganisationen, Mitglieder des Verbandes der Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), einen Neun-Punkte-Plan für mehr Transparenz, Qualität und Kontrolle im Umgang mit Spendengeldern vorgelegt. Zu den Erstunterzeichnern des Papiers gehört auch der Weltfriedensdienst e.V.

Wir wollen mehr Transparenz aller Hilfsorganisationen: Wir machen uns auf den Weg zur „gläsernen“ Organisation

Wir unterstützen alle Anregungen und externen Initiativen, die zu größerer Offenheit und Nachvollziehbarkeit der (finanziellen) Geschäftstätigkeit unserer Organisationen führen. Weil wir Spendengelder erhalten und einsetzen, müssen wir höheren Transparenzstandards genügen als andere gesellschaftliche Institutionen.

Wir wollen mehr Wirkung in der Arbeit der Hilfsorganisationen: Der gute Wille allein reicht nicht, das Ergebnis zählt

Wir intensivieren Anstrengungen, den Erfolg und die Wirkung unserer Projektarbeit durch externe Gutachter zu evaluieren – auch wenn das Zeit und Geld kostet. Wir arbeiten dazu mit Fachleuten zusammen. Spender sind vor allem daran interessiert, dass ihr Geld ankommt und die versprochene Wirkung erzielt. Hilfsorganisationen müssen sich daran messen lassen.

Wir wollen mehr und bessere Informationen über die Arbeit der Hilfsorganisationen: Spender haben ein Recht auf Klarheit

Wir werden Spender und die Öffentlichkeit allgemein noch intensiver und transparenter als bisher über die eigene Arbeit informieren – und zwar sowohl über die Projektarbeit als auch über den Einsatz der Gelder für Verwaltungsaufwand und Spendenwerbung. Wir dokumentieren Erfolge und – stärker als bisher – auch Misserfolge und machen sie öffentlich!

Wir wollen mehr Ehrlichkeit in der Kommunikation der Hilfsorganisationen: Ohne Werbung keine Hilfe

Wir informieren Spender und Öffentlichkeit aktiv und kontinuierlich darüber, dass gute Projektarbeit, gutes internes Management und Spendenwerbung Geld kosten und dieses Geld aus Spendenmitteln aufgebracht wird. Spenden-

werbung ist unverzichtbar, denn ohne sie gäbe es erheblich weniger Geld für Hilfsprojekte. Unredliche „Versprechen“ wie etwa eine 100-prozentige Mittelweiterleitung in die Projekte sind kritisch zu hinterfragen.

Wir wollen mehr Verständnis für die Arbeit von Hilfsorganisationen: Transparenz darf nicht missbraucht werden

Wir wünschen uns von den Medien eine fundierte, objektive und kritische Berichterstattung über die Arbeit von Hilfsorganisationen – ohne pauschale und skandalisierende Kritik. Wir wünschen uns insbesondere mehr Aufmerksamkeit für chronische und vergessene Krisen jenseits der bildstarken Katastrophen. Dazu öffnen wir unsere Projekte und Verwaltungen noch stärker als bisher für die Recherche von Journalisten.

Unser gemeinsames Ziel: Mehr bürgerschaftliches Engagement

Ohne ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement werden die zunehmenden gesellschaftlichen Probleme national und international nicht zu lösen sein. Nur vier von zehn Deutschen beteiligen sich jedoch durch Spenden an gesellschaftlich oft bitter notwendigen Aufgaben – deutlich weniger als etwa in Österreich und der Schweiz. Wir rufen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu auf, einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten und sich stärker als bisher für gesellschaftliche Aufgaben zu engagieren – und zwar finanziell und/oder durch ehrenamtliche Tätigkeit. Die Arbeit von Hilfsorganisationen, sei sie lokal, national oder international ausgerichtet, sichert häufig Leben. Wir brauchen in Deutschland einen neuen Aufbruch an bürgerschaftlichem Engagement – und wollen dies durch vorbildliches eigenes Handeln attraktiver machen und wirksam fördern.

**Den vollständigen Neun-Punkte-Plan finden Sie unter:
www.wfd.de**

WFD-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Konto 31 47 505, BLZ 100 205 00

Spenden sind steuerabzugsfähig lt. Freistellungsbescheid d. Finanzamts f. Körperschaften I v. 7. 6. 2006 (Nr. 27/681/51497)